

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
1. November 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Jeklin (Zunfel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Gurtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

- Revolution in China. — Die 26. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. Von O. G. — Nebels Lebenserinnerungen. (Schluß.) — Die Zwecklosigkeit der Strafe. I. Von Julian Vorchardt. — Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelindustrie von Dresden und Umgegend. Von O. Allmann. — Proletariertos. Von B. L.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Vom Hamburger Arbeiterbildungswesen. — Von der proletarischen Frauenbewegung in Schleswig-Holstein. Von Linchen Baumann. — Emil Riemann † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.
Notizen: Diensthofenfrage. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Verschiedenes.

Revolution in China.

Noch ehe daß sich die den Weltfrieden bedrohenden Gewitterwolken verzogen haben, die die kapitalistische Weltmachtpolitik in Gestalt des Marokkhandels und seiner Folgeerscheinung, des türkisch-italienischen Kriegs um Tripolis, zusammengeballt hat, sind im äußersten Osten Dinge in Fluß gekommen, die Entwicklungen von der größten Tragweite in ihrem Schoße bergen. In China züngeln die Flammen einer Revolution am alten Bau der sozialen und politischen Ordnung empor. China und Revolution! Sind das nicht unvereinbare Gegensätze? Ist nicht „das Reich der himmlischen Mitte“ nach den landläufigen Ansichten der Inbegriff des Festhaltens an gesellschaftlichen Zuständen, die schon vor vielen Jahrtausenden geworden sind, der Inbegriff einer Erstarrung und Versteinierung des geschichtlichen Lebens? So mag es aus der Ferne und an der Oberfläche betrachtet scheinen, aber so kann es nicht sein. Eine Revolution von der Kraft und dem Umfang derjenigen, von der uns jetzt die Zeitungen und Depeschen melden, kann nicht der Pallas Athene gleich gerüstet aus dem Haupte eines Jupiters hervorgetreten sein. Sie muß eine gewisse Zeit der Entwicklung hinter sich haben, und die lebenswarme Wirklichkeit sozialer und politischer Verhältnisse muß ihr einen Nährboden bereiten, aus dem sie ihre Stärke saugt.

Wir wissen wenig genug von dem Riesenreich, das an Größe das gesamte Europa — Rußland ohne sein asiatisches Herrschaftsgebiet inbegriffen — übertrifft, dessen achtzehn innere Provinzen allein — die das eigentliche China bilden — von 320 bis 440 Millionen Menschen bevölkert sein sollen. Aber nach dem, was gewissenhafte Forschung festgestellt hat, dürfen wir wohl annehmen, daß auch in China die Erzeugung des Lebensbedarfs für die Gesamtheit langsam, außerordentlich langsam, aber trotzdem unaufhaltsam über die uralte bäuerliche Wirtschaft und das kleine Handwerk neben ihr hinaustreibt, und daß sich wandelnde wirtschaftliche Dinge wiederholt schon zu Erschütterungen der bestehenden politischen Ordnung geführt haben, die ihrerseits der Ausdruck eben jener Produktionsweise ist. Wäre dem anders, so hätte der gewaltige Aufstand der Tai-ping, der 1851 losbrach, nicht seinen Umfang erreichen und seine entscheidenden Siege feiern können, so hätte er vor allem nicht so langen und kräftigen Atem gehabt, daß die Regierung erst 1865

die Rebellen endgültig niederzuwerfen vermochte. Dabei oben drein nicht zu vergessen ist, daß der politische und religiöse Gehalt dieses Aufstandes von Anfang an einen stark kommunistischen Einschlag hatte. Die vorhandenen sehr großen geschichtlichen Unterschiede vorausgesetzt, erinnert er in dieser Beziehung an die sozialrevolutionär-religiösen Bewegungen im feudalen mittelalterlichen Europa.

Unzweifelhaft ist ferner das eine: Das Eindringen und Vordringen des Kapitalismus in China hat die Einflüsse vermehrt und entwickelt, die an der Zersetzung der alten Zustände arbeiten. Aus aller Herren Länder muß aber nach und nach der Kapitalismus kommen, um sich in dem „Reich der Mitte“ einzunisten. Wo immer er Bürgerrecht erworben hat: ruhelos treiben ihn sein nimmerrastendes Ausdehnungsbedürfnis, sein unstillbarer Profitdurst über die Erde. Und die Mächte ihn überall sein Augenmerk um so mehr auf China richten lassen, als mit dem Vormarsch Rußlands und Englands in Asien, der Eroberung Tongkings durch Frankreich, der Entwicklung der Vereinigten Staaten Nordamerikas zu einem Industrieland, der Einbeziehung Japans in den Strom der kapitalistischen Kultur das weltwirtschaftliche und weltpolitische Leben über den Kreis der Länder rings um den Atlantischen Ozean hinauszuwachsen und die des Stillen Ozeans zu ergreifen begann.

Wie zu allen Zeiten und in allen Ländern einer anderen, rückständigeren Kultur, so hat sich der Kapitalismus auch in China unter Blutvergießen, unter Scheußlichkeiten aller Art festzusetzen versucht. Großbritannien, das Land der zahlungsfähigen Moral und Bibelfestigkeit, hat 1840 das Reich der „heidnischen Barbaren“ mit einem blutigen Kriege überzogen, um ihm die unbehinderte Einfuhr des Opiums aufzuzwingen: das Laster des Opiumrauchens vergiftet zwar die Bevölkerung, bringt aber den lächelnden Händlern Millionen ein. Auch Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten haben Kriegszüge unternommen, um ihrem Handel chinesische Häfen und Märkte zu öffnen. Das Trachten nach der Erschließung Chinas für die „Segnungen“ des Kapitalismus hat namentlich in den letzten Jahrzehnten neue und kräftige Antriebe erhalten durch die Umwandlung Japans aus einem feudalen in einen modernen kapitalistischen Staat und durch seinen Sieg über das Land der älteren, unbeweglicheren Kultur. Der Frieden von Schimonoseki zwischen China und Japan trug in den Falten seiner weißen Toga bereits die Situation, die zu den berühmten „Pachtungen“ chinesischer Besitzteile — der Halbinsel Kiautschou durch die Deutschen, der Insel Wei-hai-wei durch die Engländer usw. —, zu den Vorkausständen gegen die „fremden Teufel“ und endlich zu dem internationalen Punnenfeldzug wider das Reich des Mandarinentums führte. Die kapitalistisch entwickelten Länder haben viele Hunderte von Millionen aufgewendet, haben die Gesundheit und das Leben Tausender ihrer Söhne geopfert, um dem Handel und Wandel ihrer besitzenden Klassen Einzug und Bewegungsfreiheit in China zu erobern, das heißt Profit- und Ausbeutungsgelegenheit. In steigendem Maße ist ihnen das gelungen. Es wurde seinerzeit als ein großer Erfolg des „Opiumkriegs“ gepriesen, daß er dem Weltverkehr fünf chinesische Häfen-

orte geöffnet hatte. 1909 gingen europäische und nordamerikanische Schiffe in 38 See- und Flußhäfen ein und aus. Von diesen Stützpunkten aus umspannt das Netz kapitalistischer Einflüsse immer engermaschiger und immer weitreichender das Land. Der ausblühende auswärtige Handel belundet, daß Chinas Wirtschaftsleben in steigendem Maße mit dem der kapitalistischen Staaten verknüpft wird. 1890 betrug die Einfuhr in China — den Gesamthandel genommen — über 681 Millionen Mark, die Ausfuhr wenig unter 470 Millionen Mark; für 1909 war die Einfuhr auf etwas über 1122 Millionen gestiegen, die Ausfuhr auf mehr als 799 Millionen Mark. 1908 führte das Land fast für 182 Millionen Seide aus und warf bereits nahezu für 29 Millionen Baumwolle auf den Weltmarkt. Der Anbau von Wohn — aus dem bekanntlich das Opium gewonnen wird — ist stark zurückgegangen, denn das verderbliche Laster des Opiumrauchens ist im Verschwinden begriffen, dagegen ist die Kultur von Tee und Baumwolle beträchtlich gestiegen. Besonders bedeutsam und charakteristisch für die sich vollziehende Entwicklung ist aber der Bau von Eisenbahnen. Noch 1890 gab es deren in China erst 200 Kilometer, 1909 aber schon 8500 Kilometer. Gewiß ist auch diese Ausdehnung der Eisenbahnen noch zwerghaft, gemessen an den Dimensionen des Niesenreichs. Aber immerhin ist der Fortschritt bemerkenswert, wie auch die Umstände es sind, unter denen er vor sich geht. Bau und Verwaltung der ersten Eisenbahnen waren ausschließlich das Werk ausländischer Techniker, heute ruht die Verwaltung größtenteils in den Händen von Chinesen, und chinesische Techniker sind es mehr und mehr, die den Bau der neuen Bahnen leiten. Die Eisenbahnen tragen aber nicht nur die ausländischen Waren und die Fremden durch das Land. Ihr Bau und ihre Funktionen mit dem Drum und Dran greifen revolutionierend in die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Kleinbauern, Kleinhandwerker und vor allem der großen Masse der Tagelöhner — Kulis — ein, die als Lastträger und menschliche Zugtiere bei Waren- und Menschenverkehr das armselige Handvolk Reiz verdienen, mit dem sie ihr Dasein fristen. Aber auch die Lebensgewohnheiten, die Anschauungen, die Denkweise werden umgewälzt, wo das Dampfstoß leuchtend über das Land dahinsauft, und das gerade bei einem Volk, dessen Wirtschaft, Gefühle und Gedanken, dessen Kult usw. so fest mit dem Boden verwachsen ist, wie bei den Chinesen.

Zu den Strömungen, die von innen heraus an der alten Ordnung der Dinge in China rütteln, gesellen sich so starke zersetzende Zustände und Einflüsse, die der Kapitalismus von außen her in das gewaltige Reich trägt. Es liegt auf der Hand, daß die revolutionierenden Mächte der einen und anderen Herkunft je nach den Umständen sich gegenseitig fördern und verstärken, oder aber auch hart zusammenprallen, sich durchkreuzen und aufheben, und das alles in der eigenartigen Umwelt, welche die bodenständige chinesische Kultur geschaffen und mit tausend „großen Mauern“ gegen grundlegende Veränderungen verbarricadiert hat. Was Wunder da, daß der kapitalistische Raubzug nur langsam sich seinem Ziele nähert; daß wir von Zeit zu Zeit von Aufständen und Revolten von verschiedenem und nicht klar zu bestimmendem Charakter erfahren; von Kämpfen um die Macht in der Verwaltung und Regierung zwischen „Neuerern“ und den Siegelbewahrern des Alten und Herkömmlichen; von gewalttätigen, blutigen Ausbrüchen grimmen Hasses gegen die Ausländer? Allein es begreift sich auch, daß weittragende Reformbewegungen in die Erscheinung getreten sind und sich durchsetzen. Trotz des erbitterten Widerstandes der regierenden Mandschu-Dynastie und des größten Teils der verwaltenden Beamenschaft der Mandarine ist das Schulwesen in der Richtung auf den obligatorischen Volksschulunterricht ausgebaut worden; der höhere Unterricht wurde durch die Einführung der Naturwissenschaften in den Lehrplan modernisiert, die Beamtenprüfungen desgleichen; das Heerwesen erfuhr eine Umgestaltung nach europäischem Muster; Verbote wendeten sich gegen die künstliche Fußverkrüppelung der Mädchen usw. Die Regierung mußte ihren Segen zu der Errichtung von Provinzialparlamenten geben und ein Reichsparlament gutheißen, das erst 1917, auf das

Drängen des Volkes aber dann 1913 eröffnet werden sollte. Den breitesten Massen des chinesischen Volkes hat die vorwärtsdrängende Entwicklung zu den schlimmen Plagen der mittelalterlichen Barbarei noch die drückende Last des einbrechenden räuberischen internationalen Kapitalismus aufgeladen, der weder Betrug noch Gewalt scheut, um sich die Taschen zu füllen. Wollen sie sich nicht zu bloßem Dünger für diesen internationalen Kapitalismus zerstampfen lassen, so müssen sie der Entwicklung der Produktivkräfte in China selbst freie Bahn erkämpfen. So steinebesät und qualvoll diese Bahn ist, führt sie doch zu der gesteigerten Produktivität der Arbeit, die Grundlage für die einstige Befreiung der Massen vom Joche der Ausbeutung ist, für das gleiche Recht aller auf den materiellen und kulturellen Reichtum der Gesamtheit.

So schwelen in China unstreitig schon länger unter der Asche die Glutn revolutionärer Unzufriedenheit mit den sozialen und politischen Verhältnissen. Dem Anschein nach sind sie zu hell lodern den Flammen angeblasen worden durch die zähe Gegnerschaft der regierenden Mandschu-Dynastie zu durchgreifenden Reformen, durch den tiefen nationalen Gegensatz, in dem sich die eigentlichen Chinesen zu dieser Dynastie und der kleinen herrschenden Kaste ihrer Stammesverwandten fühlen. Denn die herrschenden Mandschu sind eine tungusische Völkerschaft, die den Chinesen wohl geistig und kulturell nachsteht, jedoch kraft kriegerischer Überlegenheit 1644 die Herrschaft über das Land an sich riß, seither die wichtigsten Posten im Heere wie in der Verwaltung in Händen hält und der Hort aller Reaktion ist. Der Mittelpunkt der Revolution sind die drei großen Handelsstädte Hankau, Wutschang und Sanyang, die auf beiden Ufern des Jangtsekiang gelegen zusammen 1 1/2 Millionen Einwohner zählen. Nicht bloß große und reiche Städte flusauf und flusab und Provinzen im Westen des Reiches haben sich ihr angeschlossen, sondern im Süden auch Kanton, die bedeutendste Hafenstadt des ganzen Reichs. Die Regierung hat dem Führer des gemäßigten Liberalismus, Yuanhsikai, den Oberbefehl über das Heer zur Bekämpfung der Revolutionäre angeboten. Sie hat in Peking das Vorparlament, die Nationalversammlung zusammenberufen und andere Reformen noch verheißen. Yuanhsikai hat aber die ihm zugedachte Ehre und Verantwortlichkeit mit dem für die chinesische Geistesart bezeichnenden Vorwand abgelehnt: sein krankes Bein sei noch nicht heil genug, um den Posten zu übernehmen. Diese Umstände lassen auf die Kraft, die Bedeutung der Revolution schließen.

Für das Proletariat aller Länder alter kapitalistischer Entwicklung sind die Vorgänge am Stillen Ozean von der größten Tragweite. In Europa und den Vereinigten Staaten, ja auch in Japan liegen die ausbeutenden Klassen seit langem schon auf der Lauer, um sich Verhungerten gleich auf China zu stürzen. Und die Regierungen der Staaten sind die gehorsamen Diener dieser Klassen. Gewalttaten gegen Ausländer — die trotz des Willens der Revolutionäre in dem besonderen Milieu und unter den Umständen der Erhebung nur zu leicht möglich sind — können rasch einen bequemen Vorwand zu militärischem Einschreiten der „zivilisierten“ Mächte bieten. Wie der Dieb in der Nacht sind vielleicht Situationen da, in denen sich ohne die Zustimmung der Völker der angebliche „Schutz von Leben und Eigentum“ der Ausländer in China zum imperialistischen Eroberungszug auswächst. Und so werden es dann die werktätigen Massen sein, die mit Gut und Blut dafür zahlen müssen, daß der Kapitalismus ihres Heimatlandes mit blutbesudelter Faust und tückischer List neue Herrschaftsgebiete an sich reiht, neue Völkerschaften ihres Eigentums und ihres Vaterlandes beraubt und seinen Ausbeutungsbedürfnissen dienstbar macht.

Doch von diesen naheliegenden Möglichkeiten abgesehen, eröffnet die Revolution in China dem geschichtlichen Lauf der Dinge die weitesten Perspektiven. Welches immer ihr unmittelbarer Ausgang sein mag, so wird sie in ihren Wirkungen die kapitalistische Entwicklung Chinas beschleunigen und vorwärtstreiben. Die „Blume der Mitte“ bietet aber für diese Entwicklung günstige Vorbedingungen: reiche Lager an Eisenerz und vorzüglicher Steinkohle; die klimatischen Vorbedingungen

für das Gedeihen der Baumwolle; ein ausgedehntes und gepflegtes Netz von natürlichen und künstlichen Wasserwegen; eine wohlorganisierte, intelligente und geschulte Kaufmannschaft; eine lernbegierige Jugend; ein schier unererschöpfliches Reservoir billiger, bedürfnisloser und zäh aushaltender Arbeitskräfte usw.

Die noch schlummernden Produktivkräfte des großen Reiches können aber nicht zu kapitalistischem Leben erweckt werden, ohne daß sie von Anbeginn an dessen Internationalität teilnehmen. Die goldene Internationale des ausbeutenden Kapitals jauchzt bei dem Ausblick auf das sich erschließende neue und gewaltige Erntefeld. Die junge chinesische Industrie wird lange Zeit den Marktbedarf im Vaterland nicht zu decken vermögen. Die ausländischen Industriellen und Kaufleute können daher ihre Hände in Gold waschen, Kapitalien, die in der Heimat nicht mehr sette Profite abwerfen, werden in China eine reich zinsende Anlage suchen, Produktionsmittel aller Art dort reißenden Absatz finden und Spekulanten eine Treibhausluft für ihre Gründungen. Die verelendende chinesische Bauernschaft aber kann Unternehmern und Streikbrecheragenten Scharen billiger und williger Arbeitskräfte stellen.

Jedoch dem Jubelfest des kapitalistischen Triumphs folgt wie die Nacht dem Tag Heulen und Zähneklappen. Es kommt die Zeit — kein Bitten und Beten vermag sie in der Zukunft zu bannen —, wo auch der Markt in China nicht mehr die Waren zu schlucken imstande ist, welche das Profitbedürfnis der ausbeutenden Klassen auf ihn schleudert. Was dann? Die soziale Revolution allein kann durch die Aufhebung der kapitalistischen Produktion und ihrer Voraussetzung: des Privateigentums an den Produktionsmitteln, kann durch die Aufrichtung der sozialistischen Ordnung die Antwort auf diese schicksalsschwere Frage geben. Denn die aufgezeigte Entwicklung hat sich nicht vollziehen können, ohne daß sie tiefurchende Rückwirkungen auf alle Länder alter kapitalistischer Gütererzeugung ausgeübt hat. Ihre fruchtbarste Folge aber wird die Zuspitzung aller wirtschaftlichen, aller sozialen Gegensätze sein, welche die bürgerliche Ordnung in sich schließt und deren Rebellion diese Ordnung sprengen muß. Vergessen wir nicht, daß Afrika für die Entfaltung der kapitalistischen Produktion keine entscheidende Rolle zu spielen vermag, daß China das letzte große Reich ist, wo diese emporblühen und sich ausleben kann. Mit der Unterjochung Chinas muß sie ihren Kreislauf über den Erdball beschließen. Die revolutionären Vorgänge in China übertreffen daher an Wichtigkeit bei weitem alles, was sich in und um Marokko und Tripolis abspielt. Sie sind Wetterzeichen, daß der internationale Kapitalismus in die letzte sturmbelegte Phase seiner Existenz eingetreten ist. Nicht die Massenfrage, die soziale Frage ist es, die aus ihnen lösungsheischend ihr Haupt erhebt.

Die 26. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins.

Frauenbildung bedeutet nicht, den Frauen politische Rechte zu erkämpfen, sondern sie mit den sozialen Zeitströmungen und mit der Notwendigkeit zur sozialen Mitarbeit vertraut zu machen.
Dr. Gertrud Bäumer.

Zur Ohnmacht verurteilt, das ist das Zeichen, in dem die 26. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins stand, die vom 5. bis 7. Oktober in Braunschweig tagte. Um es gleich vorweg zu sagen: Durch diese Tagung bürgerlicher Frauen wehte ein Zug von Enttäuschung und Bitterkeit. Darüber konnte der äußere Anspitz nicht hinwegtäuschen. Und an solchem hat es wahrlich nicht gefehlt. Die Frau Herzogin hatte die Gnade, in Person dem größten Teil der Verhandlungen beizuwohnen, einmal in Begleitung des Staatsministers Hartwig, eines äußerst geriebenen Reaktionsärs, der keiner noch so schwächlichen „modernen“ Anwandlungen verdächtig ist. Der Oberbürgermeister von Braunschweig sang zur Begrüßung der Generalversammlung ein Loblied auf die bürgerliche Frauenbewegung. Daß der größte Teil der Zuhörerinnen, vor allem die Wackische, nur der Frau Herzogin halber den Kongreßsaal füllten, konnte jeder auf den ersten

Blick bemerken. War das ein Hälfeverrenken und Augenverdrehen! Der Servilismus feierte Orgien. Für viele der zuhörenden Damen war die Tagung nur eine Toilettenschau. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Beratungen nur geringe Aufmerksamkeit fanden. Diesen selbst aber fehlte an Kraft und Gehalt, was die Tagung äußerlich an „Ehren“ und Glanz aufwies.

Der Allgemeine Deutsche Frauenverein ist die älteste der jetzt in Deutschland existierenden frauenrechtlerischen Organisationen. Seine Gründung erfolgte auf einer deutschen Frauenkonferenz, die im Jahre 1865 in Leipzig unter Leitung von Luise Otto-Peters stattfand. Die Ziele, die damals der Organisation gesteckt wurden, waren selbstverständlich keine proletarisch-revolutionären, auch keine bürgerlich-revolutionären. Sie gipfelten in dem Eintreten für die Berufsarbeit der Frau und damit auch für ihre bessere Ausbildung; sie galten der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, die mehr in allgemeinen Redewendungen als in bestimmten Forderungen vertreten wurde. Immerhin war die Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, sein Programm und seine Arbeit für die damalige Zeit eine achtunggebietende, fast eine kühne Tat. Es war pulsierendes, vorwärtsdrängendes, zukunftsreiches, demokratisches Leben in der Organisation. Heute steht diese auf dem rechten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung. Zur Forderung des Frauenstimmrechts hat sie sich nur widerwillig offiziell bekannt, von einem kraftvollen Kampf für dieses Hauptziel jeder bürgerlichen Frauenbewegung ist nicht die Rede.

Bereits im Jahre 1869 hat der Allgemeine Deutsche Frauenverein in Braunschweig getagt. Damals sprach Auguste Schmidt die verheißungsvollen Worte:

„Wir haben so selten das „Ewig-Weibliche“ verwirklicht gesehen, weil die Vorstufe des „Edel-Menschlichen“ nur selten erreicht wurde. Deshalb sank das Weib unter das Niveau des Menschentums herab und entkleidete sich des Diadems, welches die Natur selbst ihm gegeben hat. Lehre zuerst dem Weibe die „Würde des Menschentums“, und sie wird fähig sein, die Würde der „Frau“ in reinsten Form in sich zu entwickeln; laß sie die Aufgabe der Menschheit begreifen und sie wird die Aufgabe der Frau in vollendeter Weise erfüllen können, stelle sie in den Verband der Menschheit, und sie wird in dem vollen Sonnenschein des Daseins unverkümmert ihre Eigenart als Weib bewahren und auch gern in dem stillen friedlichen Schatten des Hauses wohnen. Wir wollen das Vorurteil und die Gleichgültigkeit vernichten, wir wollen das Bewußtsein verbreiten, daß das Glück der Familie, die Heiligkeit der Ehe, die Erziehung der Jugend und die Würde des Weibes abhängig sind von der Stellung der Frau zur Arbeit der Menschheit. Wenn einst der größte Teil der Frauen in der freigewordenen Arbeit weder eine Last noch eine Schande erblickt, sondern sie als den göttlichen Stempel des Menschentums betrachtet, dann wird die Reformation vollendet sein, deren erstes Morgenrot in unsere Seele leuchtet.“

Große Taten sind diesen schönen Worten nicht gefolgt, so manches Anerkennenswerte auch der Verein auf verschiedenen engeren Gebieten des sozialen Lebens gewirkt hat. Auch seiner heurigen Tagung fehlte der Zug ins Große, der freie Blick ins weite schöne Land der vollen sozialen und menschlichen Befreiung des gesamten weiblichen Geschlechts. Mit tönenden Worten plätscherten die beratenden Damen an der Oberfläche der zu behandelnden Fragen herum. Bestieg man sich doch einmal zu einer entschiedeneren Forderung, so wurde sie gewiß im gleichen Atemzug mit abschwächenden Floskeln umhüllt. Verirrte man sich ab und zu einmal in das Gestrüpp sozialer, politischer Frauenentrechtung, so wußte man weder aus noch ein. Und geriet man gar einmal aus Versehen in die Tiefen proletarischen Elends, so schwang man sich rasch wieder auf das glatte bürgerliche Parkett.

Nach den üblichen Begrüßungen und nach der Erstattung des Geschäftsberichtes, der nichts Interessantes bot, sprach Dr. Gertrud Bäumer über „Die staatsbürgerliche Erziehung der Mädchen“. Die Referentin ging davon aus, daß es für den einzelnen eines gewaltigen sozialen Pflichtbewußtseins bedarf, damit die ungeheuren wirtschaftlichen Umgestaltungen der Gesellschaft ohne Krisis überwunden werden.

Diese Umgestaltungen haben die Herkennung unseres Volkes gezeitigt, sie bewirken, daß der einzelne Volksgenosse derart in seinem Berufsgebiet aufsteht, daß er aus eigener Kraft die Verbindung mit dem Ganzen kaum aufrechterhalten kann. Angesichts dieses Standes der Dinge muß die staatsbürgerliche Erziehung das soziale Pflichtbewußtsein des einzelnen wecken und entwickeln. Da die Frauenbewegung den Zusammenhang mit dem Volksleben nicht verlieren darf, so ist es notwendig, daß sie auf eine staatsbürgerliche Erziehung der Mädchen in Familie und Schule bedacht ist. Diese Erziehung, die ohne Rücksicht auf den zukünftigen Beruf geboten ist, muß von anderen Gesichtspunkten ausgehen als die der Knaben. Sie muß an den Trieb zur Hilfe anknüpfen, der den Frauen angeboren ist, sowie an deren Naturanlage zur sozialen Stimmung. Die Geschichte soll deshalb den Mädchen nicht mehr als Kriegsgeschichte, sondern als Wirtschaftsgeschichte und Rechtsgeschichte vermittelt werden. Auch die ethische Erziehung des weiblichen Geschlechts fordert eine Umgestaltung. Der Religionsunterricht muß die gewaltigen Imperative des Christentums nicht nur lehren, vielmehr vor allem innerlich begreiflich machen. Die staatsbürgerliche Erziehung ist eine unbedingte Voraussetzung für die Beteiligung der Frau an der praktischen sozialen Arbeit. Die Mädchen müssen daran gewöhnt werden, für eine Idee zu arbeiten, erfüllt vom Geiste der Pflichterfüllung. Wie können die Frauenvereine der Aufgabe gerecht werden, die ihnen in der Folge erwächst? Sie haben die Mütter durch Kurse über die wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen aufzuklären. Sie sollen auf Schule und Familie einwirken, damit hier der Sinn für große soziale Leistungen gepflegt wird. Zu diesem Zwecke ist Verbindung und gemeinsame Arbeit mit den Lehrerinnenvereinen zu suchen, die Gründung von Jugendgruppen und sozialen Frauenschulen ist zu fördern. Frauenbildung ist nicht der Kampf der Frau um neue Rechte, sondern die Frauen mit den Neuerungen und sozialen Zeitströmungen vertraut machen, sowie zur sozialen Mitarbeit erziehen. Die staatsbürgerliche Erziehung dazu darf nicht durch die Macht äußerer Agitationsmittel, sondern nur durch innere Tätigkeit erzielt werden. Der Vortrag enthielt im einzelnen gute Gedanken, blieb aber die Antwort auf die Hauptfrage schuldig: Welche Idee, welches gesellschaftliche Ideal muß dem sozialen Pflichtbewußtsein Inhalt und Ziel geben? Auch der Zusammenhang der geforderten staatsbürgerlichen Erziehung mit dem Frauenwahlrecht ward nicht gewürdigt, und das Predigen „innerer Tätigkeit“ statt „der Macht äußerer Agitationsmittel“ hört sich direkt wie ein Verzicht auf den Kampf für das Bürgerrecht der Frau an. Fräulein Bäumer setzte die Moral an Stelle der Politik und blieb in der „reinen“ Atmosphäre allgemeiner, nebelhafter Gedankengänge. Trotzdem war die Diskussion unwesentlich, folgende Thesen wurden einstimmig angenommen: „Zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung der Frauen empfiehlt der Allgemeine Deutsche Frauenverein: 1. Die Veranstaltung von Kursen zur Einführung der Frau in Fragen des öffentlichen Lebens. 2. Den Anschluß an die bestehenden Gesellschaften für staatsbürgerliche Bildung. 3. Gemeinsame Arbeit mit den Lehrerinnenvereinen zu diesem Zwecke. 4. Die Gründung von Jugendgruppen und Gruppen für soziale Hilfsarbeit, in denen theoretische Belehrung und praktische Tätigkeit Hand in Hand geht.“ Zur Annahme gelangte auch der Antrag des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, einzutreten für die Zuziehung von Frauen zu den kommunalen Verwaltungsbehörden der höheren Mädchenschulen. Er redet deutlich von dem bürgerlichen Wesen der Frauenrechtelei.

Am zweiten Tage verhandelte die Generalversammlung über die Rechtsauskunftsstellen für Frauen und die Mitwirkung der Frauen in städtischen Deputationen und Kommissionen. Sie beschloß, daß in allen Orten eine systematische Agitation für diese Mitwirkung zu entfalten sei. Zur Annahme gelangte auch ein aus Hamburg gestellter Antrag. Nach ihm sollen die Vorstandsmitglieder der lokalen Frauenvereine sich nicht an Aufrufen für Blumentage, Basare und Wohltätigkeitsfeste beteiligen; die Ortsgruppen haben ihren Mit-

gliedern von der Mitwirkung an solchen Veranstaltungen abzuraten; bei Vereinsvorträgen, in Versammlungen und in der Presse ist für gründliche Einsicht in die Zwecke und in die geeigneten Mittel und Wege privater Wohlfahrtspflege zu sorgen; die Vorstände sollen auf eine ökonomische Verwaltung der Geldmittel dringen und nach einem Zusammenarbeiten der Wohlfahrtsanstalten trachten.

Frau Dr. Ullmann-Gothheiner behandelte darauf „Die Erziehung der Mädchen für das Berufsleben“. Die Frauenarbeit in Industrie und Handel ist nach der Referentin vor allem eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sie kann aber auch den Frauen ein neuer Lebensgenuss werden, wenn für diese die Arbeitszeit verkürzt wird. Durch Familien-, Staats- und Standeserziehung sollen die Mädchen auf das Berufsleben vorbereitet und dafür gefestigt werden. Fleiß, Pünktlichkeit und Pflichterfüllung — Bethmann-Hollweg würde hinzufügen: Gottesfurcht und Zufriedenheit — müssen das Ziel der Standes- und Berufserziehung sein. Diese Erziehung soll sich auf die gelehrten und ungelehrten Arbeiterinnen erstrecken. Die gelehrten Arbeiterinnen müssen jedoch in Rücksicht auf die immer größer werdende Differenzierung der Arbeit den gleichen Fachunterricht erhalten wie die qualifizierten Industriearbeiter. Diese Gedankengänge führten die Referentin zur Forderung von Pflichtfortbildungsschulen (landwirtschaftliche, gewerbliche, hauswirtschaftliche, kaufmännische) für Mädchen. Frau Ullmann-Gothheiner bekräftigte außerdem eine Abänderung der Gesetze dahingehend, daß die weibliche Arbeit überall dort zugelassen werden soll, wo sie ohne ernste Gefährdung der Gesundheit möglich ist und der weiblichen Eigenart am besten entspricht. Von der Verwirklichung dieser Forderung erhofft die Referentin einen verminderten Andrang der Frauen zu geistlicher Berufsarbeit, welche die Frauenpsychik oft ganz zerrütet, ferner vor allem auch eine Rettung und Neubelebung des Handwerks, zu der namentlich die Töchter des Mittelstandes berufen seien. Der Vortrag ließ jedes Eingehen auf die tieferen sozialen Zusammenhänge der erörterten Materie vermissen. Daher erwähnte er auch nicht die Notwendigkeit eines durchgreifenden Arbeiterinnenschutzes und ließ die Fata Morgana einer Handwerks- und Mittelstandsrettung auftauchen. Von anderen Schwächen zu schweigen.

Der dritte und letzte Verhandlungstag erbrachte den Beweis, daß die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sich den Erlaß des preussischen Kultusministeriums über die Jugendpflege zu Herzen genommen haben. Die Furcht vor der sozialistischen Jugendbewegung macht allen Seine im Wettlauf um den proletarischen Nachwuchs. Fräulein Lili Dröschler sprach über „Aufgaben und Wege der Jugendpflege bei der weiblichen Jugend.“ Die weibliche Jugendpflege hat nach ihr schon in der Schule zu geschehen und muß unmittelbar nach der Schulentlassung fortgesetzt werden. Sie muß ein organischer Bestandteil der Arbeiterfrauenvereine und der Mittelpunkt der sozialen Frauenschulen sein, Staat und Gemeinde sind verpflichtet, dabei mitzuhelfen. Um die Jugendpflege in die rechten Bahnen zu lenken, müssen besoldete Jugendleiterinnen angestellt und besondere Einrichtungen geschaffen werden, wie sie für die Arbeiterjugend in Charlottenburg und an anderen Orten bestehen, wie sie hier und da in Gewerkschaftshäusern anzutreffen sind. Es gilt, eine innige Verbindung mit den Dienstboten- und Jungfrauenvereinen herzustellen. Versammlungs-, Schlaf-, Abend- und Speiseräume für die jugendlichen Arbeiterinnen müssen errichtet werden. Es ist nötig, daß die Jugendheime außerdem Spielplätze, Spielsäle, Besess- und Bibliothekszimmer und eine auswählte Jugendbibliothek aufweisen. Durch Vorträge, gesellige Veranstaltungen, Spiele, Arbeits- und Haushaltungsunterricht ist die weibliche Jugend zu tüchtigen Persönlichkeiten, Frauen und Staatsbürgerinnen heranzubilden. Parteipolitische und konfessionelle Stoffe müssen bei der Jugendpflege ausgeschieden, jedwede Agitation muß unterbleiben. Die bürgerlichen Frauen sollten sich als freiwillige Helferinnen für die Zwecke der Jugendpflege zur Verfügung stellen. Mit anderen Worten: der proletarischen Jugend soll etwas Zuckerbrot gereicht werden, damit sie in gut bürgerlicher Gesinnung die Peitsche der kapitalistischen Aus-

beutung und Klassenherrschaft ruhig weiter erträgt. Dies der letzte Sinn dieses Vorspiels zum Jugendfang.

In innerer Verbindung mit der behandelten Frage stand der Abschluß der Generalversammlung, kühn nannte man es die Krönung der Tagung, eine öffentliche Jugendversammlung. Die Damen blieben dabei mit ihrer Jugendpflege gleichsam im eigenen Hause, bei den höheren Töchtern. Im Inseratenteil der bürgerlichen Blätter waren die ehemaligen Schülerinnen der städtischen höheren Mädchenschulen Braunschweigs aufgefordert worden, an dieser Versammlung teilzunehmen. Trotzdem war der Besuch ein kläglicher, höchstens fünfzig junge Mädchen, ausschließlich aus „besseren“ Familien, mögen anwesend gewesen sein. Fräulein v. Felsberg unternahm den Versuch, Verständnis für die soziale Frage, das soziale Elend und die Notwendigkeit sozialer Hilfe zu wecken. Er mißglückte vollkommen und zeigte nur, daß die Dame auch nicht über die geringste Einsicht in die Triebkräfte des sozialen Wirtschaftslebens verfügte. Überzeugend, wenn auch echt bürgerlich, begründete sie dagegen die Notwendigkeit der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter und die Forderung des Frauenstimmrechts. Frau Ender sprach über „Organisation und Gründung einer Jugendgruppe“. Sie betonte, daß die „Angehörigen der bevorzugten Stände“ Gelegenheit hätten, sich in der sozialen Hilfstätigkeit ein neues Ideal und einen neuen Lebensinhalt zu schaffen. Die Jugendgruppen sollen die Vorstufen der Vereine geschulter Frauen sein, die in diesem Sinne wirken. In ihnen soll die weibliche Jugend mit der Notwendigkeit sozialer Hilfe, mit der Kenntnis der Frauenbewegung und der gesellschaftlichen Zusammenhänge vertraut gemacht werden. Durch systematische Belehrung und Aufklärung, durch Referate und Diskussionen sind hier die modernen Frauen heranzubilden. In den monatlichen Versammlungen sollen unter Leitung älterer Frauen Vorgänge des öffentlichen Lebens und literarische Erscheinungen besprochen werden, ebenso die Gebiete der sozialen Arbeit und der Wohlfahrtspflege, wo die jungen Mädchen gleichzeitig zur Betätigung heranzuziehen sind. Den Jugendgruppen können Frauen bis zum dreißigsten Lebensjahr angehören. Eine besondere Propaganda-Kommission hätte sich mit den Schulleitungen in Verbindung zu setzen, um die Konfirmandinnen für die Gruppen zu gewinnen. Der Beitrag kann 2 bis 3 Mk. pro Jahr betragen, die Jugendorganisationen müssen selbständig bleiben.

Außer der Jugendversammlungen fanden in Verbindung mit der Generalversammlung — wie üblich — noch öffentliche Abendversammlungen statt. Trotz aller „innerer Tätigkeit“ kann auch die „gemäßigte“ Frauenrechtelei der „äußeren Macht der Agitationsmittel“ nicht entbehren. In der ersten Abendversammlung beantwortete Helene Lange die Frage: „Was verstehen wir unter Gleichberechtigung der Geschlechter?“ Die Referentin hob hervor, daß die Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen in beruflichen und sozialen Dingen meist keine persönliche, sondern eine kollektive Macht ist. Aus diesem Grunde muß den Frauen auch das Recht zur Mitbestimmung an den Stellen zustehen, wo die höchsten Entscheidungen fallen: in den gesetzlichen Berufsvertretungen, in Staat und Gemeinde. Von einer wirklich schöpferischen Tätigkeit der Frauen kann nur dann die Rede sein, wenn sie prinzipiell das gleiche Recht besitzen auf alle ihnen richtig erscheinenden Tätigkeitsgebiete und Leistungen. Nicht, um das Gleiche zu tun wie der Mann, vielmehr um ihre besonderen Kräfte und Fähigkeiten einzusetzen zur Herstellung einer nicht nur äußerlichen und mechanischen, sondern wesensgemäßen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Das Mitbestimmungsrecht der Frau im Staate dient der Durchführung einer organischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern auf der ganzen Linie der gemeinsamen Kulturarbeit. Die Forderung des Frauenstimmrechts kann aber nicht erreicht werden durch lärmende Phrasen, nicht durch eine verheerende Agitation, sondern durch stille positive Arbeit. In dieser Erklärung haben wir die ganze „gemäßigte“ Frauenrechtelei lebhaftig vor uns, sie ist der geradezu klassische Ausdruck der Schwäche, die der bürgerlichen Frauenbewegung

Deutschlands als Erbteil vom „liberalen“ Bürgertum zugefallen ist. — In der zweiten öffentlichen Abendversammlung sprach Frau Dr. Altmann-Gottheiner über „Der Kultureinfluß der Frau als Konsumentin“. Die Rede war ein Gemisch von Plattheiten und Naivitäten, die sich oft wie eine Verhöhnung der ausgebeuteten Massen anhörten. Die Referentin forderte zum Beispiel vom Staate, „vom Staate der Reichen“, er müsse jeder Bevölkerungsklasse ein Existenzminimum sichern. Es sei eine Kulturaufgabe der Frau, nach einem zweckmäßigen Wirtschaftspläne mit dem Wirtschaftsgeld auszukommen und Kunst und Ästhetik im Heim zu pflegen. Wie das Proletarierinnen fertigtbringen sollen, die zehn Stunden in der Fabrik arbeiten und mit 15 Mk. Wirtschaftsgeld in der Woche den Lebensunterhalt für fünf Personen und mehr beschaffen müssen, dafür hätte Frau Altmann-Gottheiner später ein billiges Rezept zur Hand: Sie riet den nichtanwesenden Hausfrauen, sie sollten lernen, ohne den Aufwand größerer Mittel besser zu leben und die Kunst ins Haus zu bringen. Es sei ihr dazu nur ein Wort gesagt: vormachen! Der Vortrag streifte die verschiedensten Fragen: den Kampf gegen den Alkohol, die Verlockungen der Warenhäuser, die Schädlichkeit der Erzeugung und des Ankaufs von Land, die Teuerungspreise, die Verwerflichkeit von Hungerrevolten und Demonstrationen, das Elend der Heimarbeit, kurz „alles und etliches mehr“. Nach einer Empfehlung des „Käufersbundes“ landete die Referentin glücklich bei der Lösung der Dienstbotenfrage. Frau Altmann-Gottheiner machte sich diese recht leicht. Die Dienstboten dürfen nicht herabgesetzt werden, es gilt die Kluft zwischen ihnen und den Herrschaften zu verringern. Aber das Wie schwiag Salomonis Weisheit, ließ aber dafür das „goldene“ Wort von den Lippen träufeln, daß in der Sparsamkeit Raum für die höchste Tugend ist. Auch in dieser Versammlung trat die steigende Aufmerksamkeit der bürgerlichen Welt für das heranwachsende Geschlecht zutage. — Gertrud Bäumer erörterte „Die Pflichten des gebildeten Hauses gegenüber der weiblichen Jugend“. Der Vortrag skizzierte die Konflikte, die in den Familien der höheren Stände zwischen Eltern und Töchtern so oft auch der äußeren oder inneren Notwendigkeit erwachsen, daß auch die weibliche Jugend nach neuen Formen der Berufsarbeit greift. Die gebildeten Väter sollten der neuen Entwicklung volles Verständnis entgegenbringen, damit der kulturelle, konservative Einfluß der Familie gewahrt bleibe, der den Charakter festigt. Der geistige Lebensinhalt der Frau und ihr Persönlichkeitswert wächst, wenn die Bedeutung ihres Erwerbslebens auch in dem gebildeten Hause anerkannt wird. Der weiblichen Jugend soll durch Aufklärung ermöglicht werden, den Übergang dazu zu finden. Der Einzug der gebildeten Frau in das öffentliche Leben wird die häusliche konservative Erziehung mit den öffentlichen Berufspflichten in Harmonie bringen. —

Unwillkürlich lenken sich die Blicke von dieser Tagung bürgerlicher Damen auf unsere sozialdemokratischen Frauenkonferenzen. Wie anders ist ihr Wesen! Immer und immer wieder wird man hier daran erinnert, daß vor jeder Teilnehmerin ein großes, ein gewaltiges Ziel steht. Daher Begeisterung, Kraft, fruchtbare Hingabe für das Ideal der Befreiung des Proletariats, rücksichtslose Kampfansage an die bürgerliche Gesellschaft. Bei den Frauenrechtlerinnen satte Zufriedenheit, „kluge Mäßigung“, kleine Wünsche, Frieden und Freundschaft mit der kapitalistischen Ordnung. Hier eine starke disziplinierte Macht, Entschlossenheit und frohe Siegeszuversicht. Dort klingende Worte, Unklarheit, Lauheit und Halbheit. Um der bürgerlichen Gesellschaft willen bürgerliche Reformen und Reformchen, das ist der Wunsch der Frauenrechtlerinnen. Hier der revolutionäre Schrei aus der Tiefe nach Erlösung — dort der Ruf nach den Vorrechten der bestehenden Männerwelt. Der Gegensatz könnte nicht größer sein.

O. G.

Bebels Lebenserinnerungen. (Schluß.)

In den ersten Monaten des Jahres 1878 sollte wieder der Reichstag zusammentreten, und so mußte die sächsische Regierung wohl oder übel eine Neuwahl für den von mir inne-

gehabten Wahlkreis anordnen. Der Wahltag wurde auf den 20. Januar festgesetzt. Die ganze Partei betrachtete es als eine Ehrensache, nicht bloß das Mandat für mich wiederzuerobert, sondern auch mit höherer Stimmenzahl. Was an agitatorischen Kräften zur Verfügung stand, eilte in den Wahlkreis. Auer, Motteler, Bahlreich, Wilhelm Stolle, Walster, York usw. gingen an die Arbeit. Als Gegenkandidat hatten die Gegner den Bezirksgerichtsdirektor Bezoldt in Glauchau aufgestellt, ein wegen seines leutseligen Wesens im Wahlkreis sehr beliebter Herr. Aber das half ihnen nichts. Am Abend des Wahltags wurden für mich 10740, für meinen Gegner 4240 Stimmen gezählt. Ich brauche nicht zu versichern, daß dieses Wahlergebnis im Wahlkreis wie in der ganzen Partei stürmischen Jubel hervorrief. Das Resultat war eine klatschende Ohrfeige für den Gerichtshof, der mir das Mandat aberkannt hatte. Ich hatte fast 4000 Stimmen mehr erhalten als am 3. März 1871. Und damit nicht genug. Einige Tage nach der Wahl veröffentlichte mein besiegter Gegner in der Presse des Wahlkreises seinen Dank an die Partei, die den Wahlkampf gegen ihn in so anständiger Weise geführt habe.

Liebkecht und ich hatten selbstverständlich das Bedürfnis, wenigstens mit den führenden Genossen draußen in möglichster Fühlung zu bleiben. Das war allerdings nur in beschränktem Maße möglich. Konnten wir auch öfter Briefe heimlich hinausbringen, die Gefahr bestand, daß durch eine ungeschickte Antwort dieser Verkehr dem Anstaltsdirektor verraten wurde, und das hätte für uns unangenehme Folgen gehabt. Es galt also, vorsichtig zu sein. So schrieben wir nach Möglichkeit direkt, obgleich diese Korrespondenz der amtlichen Kontrolle unterlag. Ab und zu nahm dieselbe auch einen humoristischen Charakter an. Einen Brief, den ich von Most als Antwort auf einen solchen von mir aus dem Zwickauer Landesgefängnis erhielt, wofür er wegen verschiedener Preß- und Redevergehen über ein Jahr zu verbüßen hatte, bringe ich hier zum Abdruck, weil er zugleich die Persönlichkeit Mosts am besten charakterisiert. Most antwortete mir:

Zwickau, den 21. 4. 73.

Mein lieber Bebel!

Aus Deinem Schreiben, daß wie ein lichter Blühstrahl aus dunklerem Himmel in meine Einsiedelei fuhr, ersehe ich und freue mich darüber, daß es Euch ruchlosen Bösewichtern, die Ihr mittels Stahlfedern und Tintenlöpfen den Staat in Gefahr gebracht hattet, ganz vortrefflich ergeht. — Ihr wollt nun auch wissen, wie es mit mir steht; glaub's gern, da ich mir denken kann, daß es Euch gerade so ergehen wird, wie es mir erging, ehe ich hier meinen Einzug hielt, daß Ihr nämlich bei dem Namen Zwickau stets an ein Zwicken denkt und ein „Au“schreien zu vernehmen wähnt. Ich muß gestehen, daß es mir trotz meiner zähen Kagenatur und meines Galgenhumors — ohne mich gerade einer Angstmichelei hinzugeben — nicht ganz so wohl war wie den bekannten 500 Säuen, wenn ich vor meiner Fieherkunft an dieselbe dachte, jetzt aber, wo ich da bin, hat die Sache ein ganz anderes Gesicht. — Natürlich, solch ein Jagdschloßleben wie Ihr führe ich nicht, sondern eher ein Kartäusermönchsleben, allein Langeweile habe ich desungeachtet auch nicht, da ich ja noch gar vieles nachzuholen habe und jetzt daher die Gelegenheit zu fleißigem Studieren benütze. Zur Zerstreuung dienen mir die Zeitungen, welche ich erhalte, und alle meine leiblichen Bedürfnisse befriedige ich in gewohnheitsmäßiger Weise (Kost, Kleidung usw.). Überhaupt erdulde ich nur eine Freiheits-, nicht aber auch eine Leibesstrafe, wofür ich alles halte, was dem Gefangenen außer der Entziehung seiner Freiheit angetan wird. Bequemlichkeiten habe ich, von einem zu schriftlichen Arbeiten geeigneten Tische abgesehen, nicht. Nach einem eigenen Bette empfinde ich kein Bedürfnis, während ich aber mein eigenes Kopfkissen benütze. Die Zelle ist eben eine solche, wie sie Bahlreich schilderte (der ebenfalls längere Zeit im Landesgefängnis zu Zwickau war); andere gibt es hier nicht; man gewöhnt sich indes bald daran, zumal diese Zellen trotz des hochgelegenen Fensters sehr hell sind. Spazieren gehe ich pro Tag zwei Stunden in einem Raume, welcher ein Mittelstück zwischen Hof und Garten ist, und zwar allein. Besuche macht mir niemand, weshalb ich natürlich auch keine annehmen kann. Dir wird es seinerzeit nicht verwehrt werden, daß Du mit Deinen Familiengliedern verkehrst. Ebenso wird man Dir so wenig wie mir den Bart abnehmen wollen. Licht brenne ich bis 10 Uhr. So, das wäre das Wesentlichste, was ich

Dir von meiner Sozialistenklaufe aus berichten kann. Betreffs der Studien seid Ihr freilich schon heraus, da Ihr gleich Euren Professor bei Euch habt. Ich fühle es besonders bei Sprachstudien, wie sehr da ein Lehrer mangelt, zumal ja die Konversation ohne einen solchen gar nicht gepflogen werden kann. Apropos! Was für ein Lehrbuch benötigst Du fürs Französische? Mir hat Bahlreich auf meinen Wunsch nach einer französischen Grammatik einen ganz antiken, unbrauchbaren, unaussehlich-umständlichen und verkehrten Schinken (Hirzel) übermittelt, den ich schon manchmal vor Zorn am liebsten mitten entzwei gerissen hätte. — Was Du von Thiers schreibst, ist klar. Dieser Knirps ist der größte Intrigant Frankreichs, der lebendig gewordene Geldsack und zugleich die einzige Person, welche die Sache der Monarchie zu fördern verstand, freilich ohne Erfolg, allein der Plan war wenigstens nicht schlecht angelegt: den Status quo so lange wie möglich ausrechtzuhalten und so schön langsam, gleichsam unmerklich, die Republik erlassen und die Monarchie erscheinen zu lassen. Jeder andere Monarchist würde an seiner Stelle längst einen Staatsstreich gemacht haben und — dabei das Genick gebrochen, was überhaupt der Monarchie den letzten Rest gegeben haben. In Spanien — ist man zu glauben versucht — haben die regierenden Tratschweiber vor lauter Schwächen ihr bißchen Verstand verloren, sonst könnte es doch wahrhaftig nicht möglich sein, daß sie mit der Handvoll karlistischer Nordbrenner nicht fertig werden. Nun, hoffentlich wird da, wie in Frankreich, bald energisch ausgemistet. — Du staunst über die Fortschritte, die unsere Sache in der jüngsten Zeit gemacht hat; nun, die Ursachen sind zahlreich genug, um solche Wirkungen zu erzeugen. Ich sage Dir: nur 1000 Mann wie Du, oder selbst nur wie ich (ohne Selbstüberhebung) — und Europa, nicht bloß Deutschland, ist binnen fünf Jahren sozialistisch. Es erheben zwar neue Kräfte genug, und wenn die Feigheit nicht so groß wäre, zeigte sich noch mancher, aber es sind viel zu wenig. Man sollte glauben, die meisten Menschen fallen bei der Geburt auf den Kopf oder gar auf den Mund, weil sie nicht in stande sind, den letzteren ordentlich aufzumachen. Und wir brauchen weiter nichts als bloß Leute, die Mund und Herz am rechten Fleck haben. — Wenn ich mich schon in keinen großen Hoffnungen wiege, so freue ich mich immerhin gewaltig auf die nächste Wahlkampagne. Wenigstens wird agitatorisch getüschelt werden, daß die Funken sprühen. Die Situation ist für uns wie geschaffen. Fortschritts-Bankrott, Siegestaumel-Kagenjammer, Invalidenfrage, Wohnungsfrage, Schulfrage, Milliardensfrage, Friedensfrage, Gründerfrage, „Kulturkampf“-Angelegenheit, Fabrikantenbünde, Maßregelungen, Verfolgungen, Schubereien usw. werden ihr Scherflein zu unseren Gunsten beitragen. Somit konserviere ich meine Lungenflügel und wege meinen Schnabel, um dereinst mit wahrer Wollust, wenn die Wahlschlacht tobt, so manchen politischen Sumpfschleim in den Grund bohren zu können. — In Sachsen freilich werde ich direkt nicht lospauken können, allein es gibt anderwärts auch viele Leute, denen man die Bretter loslösen muß, welche vor ihre Hirnlästen genagelt sind. Aus Sachsen wurde ich nämlich polizeilich ausgewiesen, wiewohl sich die höheren Instanzen noch nicht darüber ausgelassen haben, ob dieses Ding der gesetzlichen Unmöglichkeit auch durchgeführt werden soll, allein ich erwarte nichts Gutes, es ist mir aber auch ganz „schnuppe“, wie die Sache abläuft. Weniger „schnuppe“, ja geradezu unbegreiflich ist es mir, daß zu diesem Akt . . . * der sanfte Julius** bisher nicht zu bewegen war, einen Kommentar zu liefern. Richtig, das Schönste hätte ich bald vergessen: im Falle ich trotz Ausweisung wieder in Sachsen mich zeigen sollte, wurde mir allemnäsig bedeutet, steck man mich in ein Korrektionshaus! — Und auch darüber wird geschwiegen. — Nun, wenn ich wieder frei bin, ist auch noch Gelegenheit zum — — —

Im allgemeinen befinde ich mich sehr wohl und bin bei ausgezeichnetem Humor. Jetzt lebe wohl, grüße alle Insassen des Sozialistenseminars und sei auch Du bestens begrüßt von Deinem

Joh. Most.

Mir kam der Gedanke, daß ich mich auch als Gefangener in sehr nützlicher Weise an der Wahlagitatorik beteiligen könnte durch Abfassung einer Broschüre über die bisherige Tätigkeit des Reichstags, die den Kandidaten und Agitatoren der Partei das nötige Material liefere. Gedacht, getan. Die Broschüre erschien rechtzeitig unter dem Titel: Die parlamentarische Tätigkeit des Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie

* Die Stelle wurde durch den Kontrollbeamten gestrichen.

** Bahlreich. Most beschuldigte Bahlreich, daß er seine Kandidatur für den Reichstag in Chemnitz unmöglich zu machen suche und die Veröffentlichung verschiedener Mitteilungen für die „Chemnitzer Freie Presse“ unterdrücke.

von 1871 bis 1873. Als Anhang hatte ich derselben die wichtigsten Bestimmungen des Reichswahlgesetzes, der Wahlgesetzverordnung, der einschlägigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs, der Vereinsgesetze und Winke für die Agitation angefügt. Die Broschüre, die anonym erscheinen mußte, wurde von der Partei mit großer Genugtuung begrüßt. . . Die Wahlen waren am 10. Januar 1874 angelegt worden. Das Wahlergebnis war für uns sehr befriedigend. Wir hatten auf den ersten Stimmzettel sechs Abgeordnete durchgebracht — Geib-Freiberg, Lieblucht-Stollberg-Schneeberg, Moll-Chemnitz, Wahlreich-Mittweida-Burgstädt, Motteler-Crimmitschau-Zwickau und mich in meinem alten Kreise Glauchau-Neerane. Im 13. Wahlkreis Leipzig-Land war Johann Jacoby in Stichwahl gekommen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte zwei seiner Kandidaten durchgebracht. Hafenclever in Altona und Reimer im schleswig-holsteinischen Wahlkreis Segeberg. Hasselmann kam in Barmen-Elberfeld zur Stichwahl und siegte. Auch Johann Jacoby siegte mit 7577 gegen 6674 Stimmen. . . Dieser glänzende Wahlausfall hatte in den höheren Regionen wie in den bürgerlichen Kreisen stark verschnupft. Ein solches Resultat hatte man nicht erwartet. Es zeigte sich, daß allen Verfolgungen und Schikanen zum Trotz die Partei ständig wuchs, und so verdichteten sich die schon vorhandenen Gedanken in den maßgebenden Kreisen mehr und mehr, der Partei mit Ausnahme-maßregeln auf den Leib zu rücken.

Die Zwecklosigkeit der Strafe.

I.

Lang, lang ist's her, schon sieben Jahre. Da habe ich in der „Gleichheit“ die Ansicht vertreten, daß die Art und Weise, wie heutzutage das Verbrechen bekämpft wird, ganz und gar verkehrt ist, und daß wir Sozialdemokraten uns gegen das Strafen überhaupt erklären müßten. Ich führte Gründe der Zweckmäßigkeit und Gründe des Prinzips für meine Anschauung ins Feld. Was zunächst die Zweckmäßigkeit anbetrifft, so suchte ich den Nachweis zu führen, daß die Strafe ihr Ziel: Beseitigung oder auch nur Verminderung des Verbrechens, bisher nirgends erreicht hat; und auch gar nicht erreichen kann, schon aus rein äußerlichen Gründen nicht. Richter sind Menschen — so schrieb ich damals — und Menschen sind unvollkommen. Aus der menschlichen Unvollkommenheit erwachsen drei Folgen, die jedes gerechte Nichten unmöglich machen. Der Richter kann die Wahrheit nicht ermitteln; der Richter und sein Urteil unterliegen dem Einfluß von Stimmungen; der Richter ist selbst in dem, was er weiß, noch dem Irrtum unterworfen. Ich wies hin auf die Unmöglichkeit, durch Zeugenaussagen ein zutreffendes Bild des Tatbestandes zu gewinnen, weil selbst der wahrheitsliebende Zeuge immer nur das aussagt, was er wahrgenommen zu haben glaubt; ich zeigte, daß sogar auf das Geständnis des Angeklagten kein unbedingter Verlaß ist; daß der Richter, selbst bei zutreffender Feststellung des Tatbestandes, doch fast nie über die Einflüsse etwas erfährt, die den Angeklagten zur Tat trieben; daß die Urteile anders ausfallen müssen, je nachdem der Richter die Nacht zuvor gut oder schlecht geschlafen hat usw.; und daß der Richter endlich noch bei der Anwendung des Gesetzes böse irren kann — so daß, alles zusammen genommen, die Freisprechung oder Verurteilung, die Höhe der Strafe usw. nicht eine Folge und gerechte Sühne der Tat, sondern eine Wirkung des blinden Zufalls ist.

Wichtiger jedoch waren mir die prinzipiellen Gründe. Nach sozialistischer Überzeugung ist das Verbrechen eine gesellschaftliche Erscheinung, das heißt, es ist aus gesellschaftlichen Ursachen entstanden. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß jeder Diebstahl aus Not begangen wird. Aber doch gilt hiernach der Kapitalismus, wenn der Zusammenhang auch nicht immer unmittelbar zutage liegt, als der eigentliche Vater des Verbrechens. Dann aber ist es höchst ungerecht und noch überdies sinnlos,

die Verbrecher zu strafen. Wenn die sozialen Zustände schuld sind am Verbrechen, dann sind die Verbrecher Opfer dieser Zustände. Wie also kann man sie strafen!? Und zur Beseitigung des Verbrechens ist es dann nötig, die Ursachen, nämlich diese sozialen Zustände zu beseitigen. Welche Wirkung aber kann man sich davon versprechen, wenn man die Opfer bestraft! Was man prahlerisch den „Kampf gegen das Verbrechen“ nennt, erweist sich dann als eine Reihe von Lusthieben, die wirkungslos bleiben und das Verbrechen nicht im geringsten einzudämmen vermögen.

Dazu kommt endlich der letzte und stärkste Grund: ein Verbrechen ist, nach der allgemeinen Auffassung, jeder Verstoß gegen die Gesetze des Staates. Was aber sind die Gesetze des Staates? Vorschriften, die bestehende Gesellschaftsordnung zu schützen; also Maßnahmen, um gerade das zu verteidigen, was wir bekämpfen! Wie können wir Sozialdemokraten dazu, uns für Strafen zu begeistern oder auch nur deren Berechtigung zuzugeben, da sie doch gerade ein Kampfmittel gegen unsere Bestrebungen sind!

Ich bin damals mit meinen Ausführungen ganz allein geblieben. Ja, ich muß wohl sagen, daß ich auch nicht einen einzigen habe überzeugen können. Jedenfalls öffentlich hat mir niemand zugestimmt. Im Gegenteil, man hat meine Ansichten überall in der Partei abgelehnt, man hat sie verspottet, auf einem Parteitag hat man sie im „Sozialistischen Monatszirkus“ vorgeführt. Nun, ich nehme das nicht tragisch, der Humor hat auch sein Recht. Aber für richtig halte ich meine Anschauungen trotz alledem. Und ich habe in der Zwischenzeit wieder dieses und jenes gesammelt, was sie zu bestätigen geeignet sein dürfte.

In der „Dresdener Volkszeitung“ (Nr. 163 vom 18. Juli 1911) erschien eine Abhandlung, in der das Buch des Rechtslehrers Eduard Ritter v. Liszt über „Die kriminelle Fruchtabtreibung“ besprochen wurde. Es ist das ein Verbrechen, welches vom jetzt geltenden Strafgesetzbuch mit Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren bedroht ist. Das Gesetz läßt also seine volle Strenge walten, und man sollte meinen, dieses schwere Verbrechen müßte so ziemlich ausgerottet sein. Und wirklich haben die Gerichte auch nicht oft darüber zu urteilen. Das liegt aber nur daran, daß die Tat in der Regel sehr gut verheimlicht wird. Es kommen nur wenige Fälle zur Kenntnis des Staatsanwalts. Aber daneben gibt es Institute, die das Abtreiben geradezu gewerbmäßig betreiben, und die von der Behörde geradschweigend geduldet werden, weil sie weiß, daß sie doch nicht durchgreifend dagegen vorgehen kann! Nach der Zahl dieser Institute, nach dem, was bei gelegentlicher Aufhebung eines solchen hin und wieder festgestellt worden ist, und nach den vielen Abtreibungsannoncen in den Zeitungen hat man berechnet, daß in New York zum Beispiel jährlich etwa 20000 Fälle sich ereignen mögen. Auch die deutsche Kriminalstatistik zeigt eine außerordentliche Zunahme dieses Verbrechens: es hat sich von 1882 bis 1908 verachtfacht!

Die „Dresdener Volkszeitung“ fährt dann fort: v. Liszt hat die Ursachen dieses Verbrechens mit wünschenswerter Klarheit herausgearbeitet. Die überwiegende Zahl der Abtreibungen erfolgt in den Kreisen des herabsinkenden Kleinbürgertums und der Besitzlosen unter dem Zwange der ehernen Notwendigkeit. Außerdem: „Wo die Frau immer mehr an der Berufsarbeit und an den Geschäften teilnimmt, ist die Mutterschaft oft ein soziales Unheil und die Abtreibung fast eine Notwendigkeit“ (Lombroso-Ferrero, Das Weib als Verbrecherin). Man denke an die Beamtin, an die Schauspielerin oder auch die Arbeiterin, der schon die bloße Unterbrechung ihrer Tätigkeit die Stelle kosten kann. Dazu kommt, wenn die Frau unverheiratet ist, die Sorge um die Ernährung des Kindes. — Und nun kommt die Stelle, die mich am meisten interessiert hat. Die „Dresdener Volkszeitung“ fragt:

„Hat die kapitalistische Gesellschaft ein Recht, die Schuld an jenen zu rächen, die sie selbst schuldig werden läßt? Zumal in Zeiten und Ländern, wo es der Gesellschaft nie einfallen würde, für das zukünftige Wesen ein auch nur halbwegs zureichendes Opfer zu bringen?“

Ich denke, das ist doch eine glatte Zustimmung zu dem Gedanken, den ich mit den Worten ausdrückte: Es ist ein Unrecht, die Verbrecher zu strafen, weil sie gar nicht die wirklich Schuldigen sind. Aber die Zustimmung geht noch weiter. Ich lese in der „Dresdener Volkszeitung“ noch die folgenden Worte:

„Alle, die an der Zukunft des menschlichen Geschlechts nicht verzweifeln, müssen die Fruchtabtreibung bekämpfen. Keinesfalls aber wird es uns einfallen, das Verbrechen mit dem Schwerte des Kriminalgesetzes bekämpfen zu wollen. Trifft doch dieses Schwert nur einen verschwindenden Bruchteil aller Fälle, und auch diese vergebens, unsinnig und ungerecht. Nur durch die Bekämpfung der Not, durch die weitestgehende Kinderfürsorge des Staats, durch eine entsprechende Steuer- und Sozialpolitik ist die Fruchtabtreibung wirksam zu bekämpfen, und die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat hierzu sicher mehr getan als alle deutschen Kriminalisten zusammen.“

Es hat ja lange gedauert. Doch um so größer ist meine Freude, nun endlich in einem der größeren Parteiblätter eine so vollständige Bestätigung alles dessen zu finden, was ich vor sieben Jahren geschrieben habe und wofür damals ein mehr oder minder deutlicher Spott die einzige Antwort war.

Aber nun kommt noch etwas. Bis hierher ist es immer nur das sozialistische Blatt, das mir zustimmt. Jedoch auch der bürgerliche Rechtslehrer Herr v. Liszt sieht schließlich keine andere Möglichkeit als ich: „Der vorliegende erste bis dritte Teil des Lisztschen Werkes klingt in dem Wunsche aus, die Fruchtabtreibung staatlich zu organisieren (!!) und, soweit sie ohne Lebensgefährdung erfolgt, straflos zu machen.“ Aber den ersten Teil dieses Wunsches ist ja kein Wort zu verlieren. Auf solche Ideen kann nur ein echter Bourgeois kommen, der die gegebenen sozialen Jammerzustände für unabänderlich und damit die Fruchtabtreibung für unumgänglich hält. Aber der zweite Teil des Wunsches? Ist er nicht die sachmännische Bestätigung, daß ich vollkommen recht hatte, als ich sagte: Strafen ist ungerecht, strafen ist zwecklos, darum fort mit der Strafe!

Auch tröste man sich nicht etwa mit der Ausrede, daß es sich hier nur um ein ganz bestimmtes, eigenartiges Verbrechen handle. Herr v. Liszt hat nur dieses eine Verbrechen besonders untersucht, deshalb beschränken sich seine Resultate auf dieses eine. Aber für alle Verbrechen trifft es nach unserer sozialistischen Überzeugung zu, daß sie notwendige Früchte unserer sozialen Zustände sind. Demnach müssen auch dieselben Schlussfolgerungen für sie alle gelten.

Nun drehen sich diese sämtlichen Erörterungen — wie das bei einem Bourgeois nicht anders möglich — nur um die Zweckmäßigkeit der Strafe. Mir aber war weit wichtiger der andere, der prinzipielle Teil meiner Ausführungen, der vom Geiste der Gesetze ausging. Diesem seien deshalb noch ein paar Worte gewidmet.

Julian Borchardt.

Der Streit der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Waffelindustrie von Dresden und Umgegend.

Über die tieftraurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und besonders der Arbeiterinnen der obengenannten Industrie ist erst in den letzten Jahren etwas in die Öffentlichkeit gedrungen, nachdem es dem Verband der Bäcker und Konditoren dank energischer Agitation gelungen war, auch die Ausgebuleteten dieses Erwerbsgebietes in nennenswerter Zahl zu organisieren. Am Schlusse des Vorjahres zählte der Verband unter 23 093 Mitgliedern überhaupt 8061 weibliche. Diese sind — von den in geringer Zahl organisierten Gebäckträgerinnen verschiedener Städte abgesehen — hauptsächlich in der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Waffel-, Kaffee- und Lebkuchenindustrie beschäftigt. Und Dresden bildet den wichtigsten Sitz dieser Industrie, sind doch dort in den betreffenden Fabriken rund 6000 Personen beschäftigt, davon 75 Prozent Arbeiterinnen.

Schon im Herbst des Jahres 1910 ermöglichte es die Organisation in einigen der in Betracht kommenden Betriebe von Dresden und Umgegend, daß kleine Aufbesserungen der traurigen Löhne erreicht wurden. Diese Lohnbewegung trug dazu bei, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der „süßen“ Industrie wachsendes Vertrauen zur Or-

ganisation erhielten. Die äußerst mühevollen Hausagitation wurde nun vom Verband energisch in Angriff genommen; die Bäcker und auch einige Konditoren waren dabei mit gutem Erfolg tätig, aber auch mehr und mehr Arbeiterinnen nahmen in ganz hervorragendem Maße daran teil. Erstänlich ist, was bei dieser mühevollen Kleinarbeit ein Agitationskomitee geleistet hat, das nur aus weiblichen Mitgliedern besteht. Monatelang waren diese eifrigen Bahnbrecherinnen der Arbeiterbewegung Sonntag für Sonntag auf den Weinen, um in Dresden selbst oder in der weiten ländlichen Umgegend, wo hauptsächlich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie wohnen, von Haus zu Haus zu gehen, Aufklärung in die Reihen der Berufsangehörigen zu tragen und neue Mitglieder für die Gewerkschaft zu werben. Ihr eifriges Mühen zeitigte erfreuliche Erfolge. Bis jetzt ist der Mitgliederstand der Zahlstelle Dresden auf 8100 Arbeiterinnen und 1680 Arbeiter angewachsen, unter den letzteren befinden sich circa 700 Bäcker.

Nicht mehr zurückzubämmen war nun der berechtigte Wunsch der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, in diesem Herbst in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Um die Löhne annähernd genau festzustellen, wurde in der zweiten Woche des September eine Erhebung veranstaltet. Diese förderte äußerst traurige Zahlen zutage, die wir folgen lassen. Bei ihrer Würdigung muß man in Betracht ziehen, daß sich im Laufe eines Jahres der Durchschnitt der Löhne dank dem Wirken der Organisation um etwa 1 M. pro Woche erhöht hat.

Für 1819 Arbeiterinnen wurde der Stundenlohn festgestellt, und zwar verdienten je 4 Arbeiterinnen 10 Pf. pro Stunde, 5 je 11, 27 je 12, 52 je 13, 106 je 14, 219 je 15, 292 je 16, 318 je 17, 292 je 18, 138 je 19, 175 je 20 Pf. Nur 251 Arbeiterinnen hatten Stundenlöhne über 20 Pf. Das bedeutet, daß bei 55 Stunden durchschnittlicher wöchentlicher Arbeitszeit für 1568 Arbeiterinnen der Wochenverdienst höchstens 11 M. betrug, recht oft aber weit darunter. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß die Zucker- und Schokoladenwarenindustrie Saisongewerbe ist. Während der Sommermonate wird nur mit bedeutend verkürzter Arbeitszeit oder in vielen Fällen auch nur mit halben Schichten gearbeitet, und der Verdienst sinkt dementsprechend. Für die ungelerten Arbeiter ist der Verdienst nicht viel höher wie für die Arbeiterinnen, ja sehr viele jugendliche Arbeiter erhalten genau dieselben Hungerlöhne wie diese.

Auf Grund der vorgenommenen Erhebung wurden bei den Unternehmern Forderungen eingereicht, deren wichtigsten die folgenden sind: Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden, Sonnabend 5 1/2 Stunden. Der Lohn wird vom Arbeitgeber den Beschäftigten direkt bezahlt. Das bisherige Zwischenmeister-system ist aufzuheben. Ab 1. Oktober 1911 betragen die Mindestlöhne pro Stunde: a. für jugendliche Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren 20 Pf., b. für über 16 Jahre alte Arbeiterinnen 25 Pf., c. für jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren 28 Pf., d. für jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren 35 Pf., e. für Arbeiter über 18 Jahre 40 Pf., f. für Arbeiter, welche schwere Lastarbeiten verrichten (Säcke tragen, Koffi transportieren usw.) 45 Pf., g. für gelernte Arbeiter und solche Spezialarbeiter, die gleiche oder ähnliche Arbeit wie die ersteren verrichten, 60 Pf., h. für erste und selbständige Posten 65 Pf. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die diese Mindeststundenlöhne schon beziehen, erhalten eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde. Die Lohnzulage darf allgemein nicht unter 5 Pf. pro Stunde betragen. Ab 1. Oktober 1912 tritt eine weitere Zulage von 3 Pf. und ab 1. Oktober 1913 eine solche von 2 Pf. pro Stunde in Kraft. Die gegen Wochenlohn in Arbeit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen müssen den Durchschnittsstundenlohn erreichen. Saisonarbeiter und -arbeiterinnen dürfen nicht unter den Mindestlohnsätzen eingestellt werden. Allen in Akkord beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen wird ein Zuschlag von 10 Prozent zu den Akkordsätzen nach dem Stande der Akkordsätze vom 28. September 1911 gewährt. Der Verdienst der Akkordarbeiter darf unter die festgesetzten Mindeststundenlöhne nicht heruntersinken. Bei Einführung technischer Neuerungen, bei Veränderungen in der Herstellungsweise der verschiedenen Artikel oder bei Veränderungen der Stückzahl der nach Gewicht bezahlten Akkordarbeiten usw. sind die Neufestsetzungen der Akkordpreise unter vorheriger Verständigung mit einer Abteilungs- oder Fabrikkommission zu vereinbaren, die von den Arbeitern und Arbeiterinnen zu wählen ist. Die Akkordsätze für die einzelnen Artikel sind in jeder Abteilung in sichtbarer und leserlicher Schrift an einer Stelle des Arbeitsraums auszuhängen, die jedermann zugänglich ist. Über die vereinbarten Strafgebühren und deren Verwendung ist alljährlich Rechnung zu legen. Das Personal darf zur Benützung der Kantine nicht gezwungen werden und der Preisausschlag der Kantinewaren darf nur die Verwaltungskosten decken.

Weiter wurden nach 2 Jahren Beschäftigung in einem Betrieb 8 Tage, nach 5 Jahren 6 Tage Ferien verlangt. Von allgemeinem Interesse sind außerdem noch folgende Forderungen, weil sie helles Licht auf die jetzigen Arbeitsbedingungen fallen lassen: Die Firma hat für ausreichende Wasch- und Badegelegenheit zu sorgen und für jede beschäftigte Person wöchentlich reine Handtücher nebst Seife zu liefern. Unentgeltlich hat sie ferner zu stellen: für Arbeiterinnen Kittelschürzen und Hauben und für Arbeiter Arbeitskleidung, soweit darüber bestimmte Vorschriften bestehen. Jeder Person ist ein verschließbarer Schrank zum Aufbewahren ihrer Kleidungsstücke zur Verfügung zu stellen. Für gute Ventilation und Licht in den Arbeitsräumen ist zu sorgen; insbesondere sind in den Arbeitsräumen mit großer Hitze Exhaustoren anzubringen. Speiseräume — die dort bald einzurichten sind, wo sie noch fehlen — sollen mit den notwendigen Tischen oder Tafeln und Stühlen ausgestattet werden. In allen Abteilungen ist ein Verbandkasten aufzustellen, und ein geeignetes Krankentransportmittel muß jederzeit bereitstehen. Abortorte sind in ausreichender Zahl zu beschaffen (auf 20 Personen je ein Abort), und es ist für regelmäßige Reinigung zu sorgen. Dasselbe gilt für die Spucknapfe. Zum Reinigen der Aborte, Spucknapfe und dergleichen dürfen Arbeiterinnen nicht verwendet werden, die mit Herstellung oder Versand von Waren beschäftigt sind. Die Leibesvisitationen finden in Zukunft nicht mehr statt. Alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Pflicht, Unrechlichkeiten ihrer Mitarbeiter entgegenzutreten. Unterhaltungen der Arbeiter und Arbeiterinnen untereinander während der Essenspausen über gewerkschaftliche und politische Vorgänge können als Agitation in der Fabrik nicht aufgefaßt werden. Die Bestimmungen sind aufzuheben, daß während der Mittagspause die Fabrik nicht verlassen werden darf.

Verwundert wird man lesen, daß die Forderung auf das Unterlassen von Leibesvisitationen erhoben werden muß, denen die Arbeiter und Arbeiterinnen am Feierabend ausgesetzt sind. Die betreffende Maßregel hat sich in der Zeit eingebürgert, wo die Gewerkschaft die Arbeiter und Arbeiterinnen der süßen Industrie noch nicht erfaßt hatte. Willenslos haben sich diese den Schimpf gefallen lassen. Jedes Schamgefühl muß bei den Arbeiterinnen erlödet werden, wenn sie sich täglich beim Arbeitschluß die Taschen visitieren, desgleichen die Kleider und auch den Körper daraufhin untersuchen lassen müssen, ob sie für einige Pfennige Schokolade oder Bonbons dort versteckt hätten. In vielen Fabriken hatten es sich die Arbeiter in der letzten Zeit erlärmt, daß sie nicht untersucht wurden, aber für die Arbeiterinnen ist die das Schamgefühl verletzende Leibesvisitation noch allgemeiner Brauch, und sie wird oft genug von recht rohen Personen vorgenommen, nicht einmal immer von Frauen, sondern vom Portier der Fabrik. Die Organisation hat gegen die schändliche Gepflogenheit in den letzten Jahren mit aller Macht angekämpft. Es ist ihr auch gelungen, keine Erleichterungen der verwerflichen Maßregel durchzusetzen, sie vollständig zu beseitigen, ist Ziel dieses Kampfes.

Es ist vergebens versucht worden, mit den Fabrikanten über die Forderungen zu verhandeln. Die Herren haben auch die Vermittlung des Gewerbegerichts prozig abgelehnt. So blieb nichts übrig als der Streik, der am 15. Oktober in zwei Mitgliederversammlungen des Verbandes beschlossen worden ist. Am Mittag des folgenden Tages traten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe in den Aufruf, die nicht bewilligt hatten. Bis jetzt sind in dreizehn Fabriken 2820 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik; in vier Betrieben mit zusammen 1165 Beschäftigten konnte dagegen die Arbeit wieder aufgenommen werden, weil die Inhaber sich auf der Grundlage der mitgeteilten Forderungen mit der Organisation geeinigt haben. Die Organisationsleitung hat zunächst nur für die größten Fabriken den Streik erklärt, während mit verschiedenen kleineren Fabrikanten noch Verhandlungen im Gange sind. Durch die einmütige Arbeitsniederlegung sind mehrere Fabriken vollständig stillgelegt worden; auch die Feizer und Maschinisten haben dort die Arbeit eingestellt. Bis jetzt ist die Haltung der Streikenden, und besonders der Arbeiterinnen, eine musterhafte. Die Arbeiterinnen wettersen mit den Arbeitern im Postenstehen wie in der Verbreitung von Flugblättern zur Aufklärung der Bevölkerung. Die Herren Fabrikanten werden wahrscheinlich den Kampf nicht lange aushalten. Sie dürften kaum brauchbare Streikbrecher in größerer Zahl aufreiben, obgleich sie es offenbar an Bemühungen dazu nicht fehlen lassen. In Dresden strömen nämlich plötzlich Leute in Masse zu, die bisher in der Landwirtschaft und in Ziegeleien beschäftigt waren. Auch in diesem Kampfe wird das Proletariat den „meuternden“ Lohnslaven volle tatkräftige Sym-

pathie beweisen. Die betroffenen Firmen haben in allen Städten Filialen oder in öffentlichen Lokalen ihre Automaten. Es ist selbstverständliche Pflicht jedes Arbeiters, jeder Proletarierin, die Waren zu meiden und zu beachten, daß nur die Firmen Gebrüder Hörmann, Heidemann, Selbmann, Gerling und Kockitroh die Forderungen der Arbeiterschaft bewilligt haben. Ganz besonders legen wir den proletarischen Frauen ans Herz, ihren Einfluß als Käuferinnen im Interesse der Kämpfenden zu nützen.

Die Dresdener Bewegung ist ein Verzweiflungskampf der Arbeiter und Arbeiterinnen um ein wenig mehr Licht und Luft, um eine kleine Aufbesserung ihres fargen Lohnes und namentlich auch um menschenwürdiger Behandlung. Ihnen den Sieg zu sichern, ist eine Ehrenpflicht proletarischer Solidarität. D. Allmann.

Proletarierlos.

Sonntagserlebnis einer Genossin.

Ein schöner Sonntag im Herbst. Zug auf Zug verläßt gefüllt bis auf den letzten Platz die Bahnhofshallen. In den Wagen der Elektrischen, die sich in langem Zuge aneinanderreihen, sitzen und stehen die Passagiere in drangvoll fürchterlicher Enge. Alles Ausflügler, die aus der Großstadt hinaus wollen. Von irgend einer Endstation draußen geht es stolz auf Schusters Klappen weiter, einem Erholungspfläzchen im buntbelaubten Walde zu. Nach sechstägiger schwerer Arbeit ein paar fröhliche Stunden, eine kurze Sklaventrast. Bald wird der Winter seinen Einzug halten, es gilt die wenigen Tage auszunutzen, die der sonnige Herbst noch beschert. Durch die nahe Heide wandern Vater und Mutter, umringt von den Kindern, die Kleinen im Wagen, das Paket Butterbrote oben auf. . . .

In Gedanken versunken schritt ich planlos unter vielen durch den Wald. Wohin? Ich wußte es selber nicht. Schließlich war es einsam um mich geworden. Von einer kleinen hochgelegenen Lichtung aus sah ich vor mir ein Dörschen. Glockenklänge tönte von dem Kirchturm herüber. Nach weiterer Wanderung auf dem Waldweg hatte ich bald das Dörschen erreicht. Als ich aus den Bäumen trat, lag der Kirchhof vor mir. Ich trat ein. Unwillkürlich blieb mein Blick an einem schwarzen Marmorstein haften. Hier lag ich: „Vergänglich sind die Güter dieser Erden, der Tod erst läßt uns ewig glücklich werden.“ Da öffnete sich hinter mir das Tor. Vier Männer trugen einen schmucklosen Sarg herein, dem ein altes, krummes Mütterchen und acht Männer folgten. Das Antlitz der Alten schien in Schmerz versteinert, dann und wann rollte eine große Träne über die runzligen Wangen. Langsam schritt ich hinter dem Zuge drein. Die Träger setzten ihre Last an einem offenen Grabe nieder, die Männer entblöhten ihre Häupter, und wenige Minuten später kollerten die üblichen Hände voll Erde auf den Sarg. . . .

„Wen habt ihr begraben?“ frug ich den mir zunächst stehenden Mann. „Es war unser jüngster Kamerad, er ist bei der Arbeit verunglückt.“ So gab mir der Mann zur Antwort. Feucht schimmerten die Augen in dem gutmütigen Gesicht, als er mir erzählte, wie das Schreckliche geschehen sei. „Wir alle arbeiten in einer Ziegelei. Früh 6 Uhr fängt es an, bis abends 7 Uhr dauert es. Kurz vor Feierabend hieß es, die leerstehenden Wagen noch laden. Am anderen Morgen zeitig sollten sie angespannt werden. Wir schufteten sieberhaft, um bis zur Feierstunde fertig zu werden. In unserem Eifer hatten wir nicht bemerkt, daß eine Erdwand ins Rutschen gekommen war, in deren Höhe wir aufluden. Sie traf unseren Kameraden so unglücklich, daß er bewußtlos heimgetragen werden mußte. In der Nacht ist er gestorben. Der Schmerz der Mutter! Na, Sie haben sie ja gesehen.“ „Gehören Sie einem Verband an?“ erkundigte ich mich bei dem Erzähler. „Nein,“ erwiderte dieser. „Wohl sind hier in Orte schon Versammlungen abgehalten worden, aber wir dürfen nicht hingehen; unser Herr leidet das nicht.“ „Ist euer Herr heute an die Wahre gekommen?“ frug ich weiter. „Nein, er ist mittags mit seiner Frau ausgefahren. . . .“ Ein Achselzucken war die Antwort, als ich wissen wollte: „Wer sorgt nun für die arme Mutter, die ihrer Stütze beraubt ist?“ Der Mann eilte seinen vorausgegangenen Kameraden nach, ehe ich zu weiteren Fragen kam.

Noch einmal trat ich an das Grab, das schon fast zugeschüttet war. „Kannst Sie den Toten?“ frug ich einen der Friedhofsarbeiter. Der Mann schaute mich prüfend an. Ob ich wohl aus Neugier fragte? Bedächtig entgegnete er schließlich: „Ja. Er war ein fleißiger Junge, redlich hat er für seine Mutter gesorgt. Wir alle hatten ihn gern; er war freundlich und hilfsreich gegen jedermann.“ „Wer wird nun für die Mutter sorgen?“ „Ja, die wird eben ins Armenhaus ziehen müssen, und die Gemeinde wird für sie zu sorgen haben, anderes wird nicht übrig bleiben.“ Einem

längeren Gespräch machte der Kuffeher ein Ende. Er bedeutete mir, daß der Friedhof geschlossen werde.

Langsam schritt ich dem Ausgang zu. Die Sonne neigte sich zum Untergang, ich mußte an den Heimweg denken. Vor meiner Seele stand das alte gebückte Mütterchen mit dem sorgenverwetterten, vergrämten Gesicht. Alles an ihr redete von einem harten Leben der Arbeit. Und wie würden nun die letzten Tage der Ärmsten sein? Die Stütze der Alten, ihre Hoffnung auf einen milden Lebensabend, sie ist nicht mehr. Ich dachte der Zärtlichkeit, mit der die Mutter einst am Bette des Knäbleins gestanden, der Fürsorge, mit der sie es auferzog. Und der Knabe war ein Mann geworden. Ein fleißiger und rechtlichaffener Mann. Er hatte treulich für seine alte Mutter gesorgt. Vorbei war alles. Warum? Weil ein unerbittliches Naturgesetz es so wollte? Ach nein! Weil der Menschen Goldgier einen vorzeitigen Tod heraufbeschworen hatte. Der Tote war ein Proletarier. Er frondete unter der Geißel der kapitalistischen Ausbeutung. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Das Kommandowort des Herrn treibt den Abgerackerten zu hastigem Schaffen. Müdigkeit und Eifer verschließen sein Auge vor der drohenden Gefahr. Sein Schicksal ereilt den Mann. Nun hat er Feierabend, für immer. Die Mutter aber weint und hungert. Der Herr fragt nicht nach dem Verunglückten, dem Toten. Der bringt ihm keinen Profit mehr. Der Herr fährt spazieren, während die Arbeiter ihren Kameraden zur letzten Ruhe betten. Es kümmert ihn nicht, ob die Mutter heute und morgen zu essen hat. Versammlungen dürfen „seine Arbeiter“ nicht besuchen. Das Bissen könnte sie beschweren. Die Aufklärung würde sie klüger machen, als der Profitgier des Herrn lieb ist. Knechtsinn ist die „Tugend“, die sie zieren soll. Also ist des Herrn Wille, und sein Wille ist Befehl. Proletarierlos in dieser besten aller Welten!

Unter bitteren Gedanken verfolgte ich in der Abenddämmerung meinen Weg, bis ich wieder unter Menschen kam, die zur Stadt zurückzogen. Manche von ihnen gingen an mir vorüber, deren Gesichtern das Brandmal der Knechtseligkeit ausgedrückt war. Die kurze Sonntagsfreude hatte es nicht zu tilgen vermocht. Aber ich sah auch andere, die hochaufgerichtet einherschritten. Auf ihre Stirnen hatte die Erkenntnis ihre leuchtenden Zeichen geschrieben, und ihre Blicke waren fest und lähn geradeaus gerichtet. Manchmal nickten zwei einander zu, und es war dann, als ob der stumme Gruß von einem Einverständnis und einer großen Hoffnung redete. Nicht fern von der Bahnstation, wo meine Wanderung ein Ende nahm, brauste Stimmengewirr aus einem großen Saale. Dort mußten viele beisammen sein. Plötzlich bekamen die Stimmen Gleichklang. Eine Melodie flog in die Abendstimmung hinaus, auch helle Frauenstimmen sangen mit. Mahnend und stürmisch, jubelnd erscholl es:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu unrer Fahne sieh' zuhauf,
Ob auch die Mäg' uns noch unnachtet,
Vald steigt der Morgen hell herauf.“

Ich schüttelte ab, was mich drückte. Was die Kirchhofszene einen Augenblick in den Hintergrund gedrängt hatte, das stand wieder lebendig vor mir. Proletarierlos heißt nicht bloß leiden, es heißt auch kämpfen. Der einzelne fällt, die Gesamtheit siegt. B. L.

Berichtigung. Der „Betriebsunfallsteufler“ hat seine Hand im Spiele gehabt, um uns im Leitartikel der letzten Nummer einen bösen Streich zu spielen. In dem Satze, der von dem Steigen der Lebensmittelpreise und Löhne in Essen handelt, sind einige Worte ausgefallen. Dadurch wird zwar an dem Sinn des Satzes und insbesondere an dem Nachweis nichts geändert, daß die Lebensmittelpreise in der Konsumanstalt Krupp um 8,63 Prozent in die Höhe gegangen sind, die Löhne aber nur um 3 Prozent. Immerhin aber könnte der verstümmelte Satz zu Mißverständnissen Anlaß geben. Wir lassen ihn daher vollständig folgen:

„Der Verteuerung des wöchentlichen Nahrungsbedarfes um 1,69 Mark oder um 8,63 Prozent steht aber nur eine Lohnsteigerung um 0,16 Mk. täglich, das ist um 0,96 Mk. wöchentlich oder um rund 3 Prozent gegenüber.“ In voriger Nummer fehlten die gesperrten Worte.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Zu einer mächtigen Demonstration gestalteten sich zwei Frauenversammlungen in Nürnberg und Fürth, in denen Genossin Jettin über „Die Lebensmittelteuerung und die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen für die Frauen“ referierte. An die tausend Frauen nahmen an der Nürnberger Versammlung teil, nur wenige Männer fanden in dem dichtbesetzten Saale noch einen Stehplatz. Ein Ausleuchten ging über die müden

Gesichter der Proletarierinnen, als Genossin Jettin darlegte, daß Menschen die Teuerung beseitigen können, die Menschen aus Selbstsucht und Profitgier geschaffen haben. Eingehend zeigte die Referentin, daß die Teuerungspreise künstlich erzeugt wurden und welches ihre Ursachen sind. Ganz besonders hob sie ihren Zusammenhang mit dem Rüstungswahnsinn der besitzenden Klassen hervor. Brausen der Beifall ertönte, als die Referentin mit der Aufforderung an die Frauen schloß, den Sieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen vorzubereiten, der ein neuer Schritt nach dem Ziele sei: dem Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit! In der Diskussion kritisierte Genossin Grünberg Ausführungen des Gemeindebevollmächtigten, Metzgermeisters Weinberger, über die Fleischteuerung und das Verhalten der Gemeindeverwaltung. Die Stadt Chemnitz hat 80000 Mk. für Einkauf und billigen Verkauf von Kartoffeln bewilligt, Nürnberg aber nur ganze 3000 Mark bei einer Bevölkerung von 350000 Personen. Außerdem findet der Verkauf der Kartoffeln in Nürnberg an einer entlegenen Stelle statt, dem Gaswerk, in Mannheim dagegen auf den Straßen. Auch in „besseren“ Kreisen werde über die Teuerung gellagt, und ihre Folgen lasse man dort besonders die Dienstmädchen fühlen. Die Rednerin machte auf die Vorteile aufmerksam, die der Konsumverein bietet, der auch mit der Brotverbilligung bahnbrechend vorgegangen ist. Sie ermahnte die Frauen, das Ihrige dazu zu tun, daß den Freisinnigen bei den Gemeindevahlen am 30. November ebenso wie bei den Reichstagswahlen die richtige Antwort dafür gegeben werde, daß sie ernste kommunale Maßregeln zur Beldämpfung der Teuerung abgelehnt haben. Genossin Grünberg wies am Schlusse ihrer mit großem Beifall ausgenommenen Ausführungen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nach und forderte zum Eintreten in den sozialdemokratischen Wahlverein auf. Viele Frauen beherzigten diese Mahnung. — Auch in Fürth nahm die Versammlung einen prächtigen Verlauf. Eine Diskussion fand hier nicht statt. +

Um gegen die Lebensmittelteuerung zu protestieren, wurden in einigen Orten des Regierungsbezirks Magdeburg Versammlungen abgehalten, in denen die Unterzeichnete referierte. Da in Ummendorf der Partei kein Lokal zur Verfügung steht, sollte die Versammlung in einem Garten abgehalten werden. Der Amtsvorsteher verweigerte jedoch die Genehmigung dazu, da die Zugangstraße die zu erwartenden Massen nicht fassen könne. Die Straße hat eine Breite von 6 bis 8 Meter! Als dann die Versammlung in einer leerstehenden Stube angemeldet ward, verweigerte der Amtsvorsteher die Genehmigung mit der Begründung, daß in den anliegenden Gehöften die Maul- und Klauenseuche herrsche. Die Warnungstafeln, die Seuche betreffend, waren schon vier Wochen früher entfernt worden! In dem Bewußtsein, das Recht auf ihrer Seite zu haben, ließen sich die Ummendorfer Genossen die Versammlung nicht illusorisch machen. Sie sorgten dafür, daß die Maßnahmen des Dorfgewaltigen zur besten Agitation für die Veranstaltung wurden. Da sich die Stube natürlich als viel zu klein erwies, um die Erschienenen aufzunehmen, mußte die Versammlung nach dem Garten verlegt werden und gestaltete sich hier zu einer wirkungsvollen Kundgebung gegen die Versuche der Behörden, den Arbeitern die Wahrheit über die gewissenlose Kriegshege und die schamlose Ausplünderung des Volkes vorzuenthalten. In Rogätz, Neuhaldensleben, Förderstadt und Stendal erfreuten sich die Versammlungen gleichfalls eines guten Besuchs, besonders zeigten die Frauen durch ihr zahlreiches Erscheinen, daß sie Mittel und Wege kennen lernen wollten, sich gegen Überteuerung zu schützen können. Eine große Anzahl Aufnahmen für die Partei, Bestellungen auf die Parteipresse des Bezirks und die „Gleichheit“ bewiesen, daß die Ausführungen der Referentin auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Noch in einem anderen Bezirk fanden Agitationsversammlungen statt. In Sangerhausen, Kelbra, Gonna und Artern behandelte Unterzeichnete das Thema „Arbeiterhaushalt und Steuerlast“. Die Versammlungen waren gut besucht, nur in Gonna nicht, wo es an einem Lokal fehlte und schlechte Witterung die Veranstaltung unter freiem Himmel ungünstig beeinflusste. Auch durch diese Agitationstour wurden der Partei Mitglieder zugeführt sowie der „Gleichheit“ und der übrigen Parteipresse neue Abonnenten gewonnen. Angesichts des kommenden Reichstagswahlkampfes ist es ganz besonders erfreulich, daß der Leserkreis der örtlichen Parteizeitungen ein immer größerer wird.

Minna Bollmann.
Vom Hamburger Arbeiterbildungswesen. Hamburgs Arbeiterbildungswesen weckt schöne Hoffnungen. Die Wahl seiner Leitung hat sich als glücklich erwiesen, und der Verneiner der Genossen und Genossinnen, die gleichmäßig von der Partei und den Gewerkschaften zu den Bildungskursen delegiert werden, läßt eine

reiche Ernte für unsere Arbeiterbewegung erwarten. Im Juni 1909 schufen Partei und Gewerkschaften eine Zentrale für das Arbeiterbildungswesen in Hamburg, deren Geschäfte seit dem 1. September des gleichen Jahres durch ein Sekretariat erledigt werden. Diese Zentralbildungskommission, in deren Händen auch die Leitung der freien Jugendbewegung liegt, hat ihren zweiten Tätigkeitsbericht herausgegeben. Er verzeichnet bemerkenswerte Fortschritte. Besonders günstige Resultate wurden damit erzielt, daß die einzelnen Kurse nach Lehrstufen gegliedert worden sind. In dem zweistufigen Kursus über Nationalökonomie und in dem dreistufigen über Geschichte haben sich praktische Stil- und Aufsatzübungen und die rednerische Wiedergabe einzelner Lehrabschnitte durch Teilnehmer sehr bewährt. 27 halbjährige Kurse fanden im Berichtsjahr statt: über Nationalökonomie 4, Geschichte 5, Sozialpolitik 1, deutsche Sprache und Stilübungen 11, Rechnen und Buchführung 6. Frauen und Mädchen nehmen in wachsender Zahl mit großem Ernst und Eifer an dem Unterricht teil. Gleichsam als Vorbereitung für die Unterrichtskurse wurden im ganzen Stadtgebiet 106 wissenschaftliche Vorträge gehalten. Um in den Arbeitern Kunstverständnis und das Bedürfnis nach künstlerischen Genüssen zu wecken und zu stärken, veranstaltete die Zentralbildungskommission eine große Anzahl literarischer und musikalischer Unterhaltungsabende. Außerdem wurde zweimal die Neunte Symphonie von Beethoven in der neuen Musikhalle aufgeführt. Das war nur dadurch möglich, daß verschiedene Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbetriebe zu den Kosten der Aufführungen beitrugen. Die über alles Erwarten gelungenen Veranstaltungen haben die Aufgaben der Instanzen erhöht, die das Arbeiterbildungswesen in Hamburg leiten. Am 1. Januar 1910 hat die Zentralbildungskommission die Verwaltung der Partei- und Gewerkschaftsbibliothek übernommen und gründlich bessernde Hand an sie gelegt. Es wird geplant, die Bibliothek großzügig auszubauen, damit sie den Bedürfnissen der großstädtischen Arbeiter genügt. Zur Ergänzung der Unterrichtskurse soll mit ihr eine Material- und Hausbibliothek und ein Lesesaal verbunden werden. Diese Absichten werden sich leider erst verwirklichen lassen, wenn durch einen neuen Anbau im Gewerkschaftshaus Raum für die Neuerungen geschaffen worden ist. Welche Erfolge muß dann der Unterricht zeitigen! Ist das Bollwerk des „Unverständs der Massen“ überstiegen, wer will uns dann noch widerstehen? eg.

Von der proletarischen Frauenbewegung in Schleswig-Holstein. Der zwanzigste Parteitag der Sozialdemokratie für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck fand am 1. und 2. Oktober in dem idyllisch gelegenen Gutin statt. Aber die gesamten Verhandlungen einen Bericht in der „Gleichheit“ zu geben, erübrigt sich, da das Sache der Tageszeitungen ist. Nur das, was speziell die Frauenbewegung betrifft, möchte ich davon herausheben. Zunächst kann von einer Zunahme der weiblichen Mitglieder berichtet werden. Ihre Zahl stieg von 5882 auf 7150, also um 1268. Bei 44887 Gesamtmitgliedern machen die Frauen fast ein Sechstel davon aus. Die Zahl der weiblichen Vorstandsmitglieder in den Ortsvereinen stieg von 44 auf 47. Immerhin gibt es noch 44 Vorstände, in denen keine weiblichen Mitglieder tätig sind. Den meisten Kreisleitungen gehört eine Genossin an, und eine Genossin sieht auch in der Bezirksleitung. In den größeren Städten sind die Genossinnen in vielen Kommissionen tätig, manche helfen bei allen Arbeiten mit. Es gilt allerdings betreffs der Mitarbeit der Genossinnen noch manches Vorurteil zu überwinden, sowohl bei den Männern — die gewohnt sind, die Arbeit allein, ohne Hilfe der Frauen zu verrichten und daher in der Heranziehung der Genossinnen manches veräumen — als auch bei den Frauen selbst, die da meinen, die Mitarbeit schicke sich nicht für sie.

Die besonderen Veranstaltungen zur Schulung der weiblichen Mitglieder haben erfreulicherweise wieder zugenommen. Der Bericht weist 144 gegen 48 im Vorjahr nach. 54 öffentliche Frauenversammlungen fanden statt. Das ist absolut ungenügend. Besonders die Versammlungen der weiblichen Parteimitglieder dürften sich in allen Städten und größeren Orten durchzuführen lassen, während es in kleinen Orten wohl an geeigneten Kräften dafür fehlen dürfte. Es genügt auch nicht, wenn in einem Orte gelegentlich einmal eine solche Veranstaltung stattfindet. Die Versammlungen müssen vielmehr zu einer ständigen, allmonatlich regelmäßig wiederkehrenden Einrichtung werden. Die Verhandlungen der Frauenkonferenz in Jena, der Beisatz für Lesende, der im Auftrag des Parteivorstandes herausgegeben worden ist, sowie die einschlägigen Artikel in der „Gleichheit“ geben uns vielerlei sehr beachtenswerte Fingerzeige. Wo eine Genossin für die Leitung der Schulungsabende noch nicht vorhanden ist, sollte sich ein Genosse dieser Sache widmen. Neben der Heranziehung

der Frauen zu allen Arbeiten für die Partei sind diese Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder besonders geeignet, den Genossinnen die Zurückhaltung bei Erörterung politischer Fragen abzugewöhnen und sie zur selbständigen Regelung ihrer Angelegenheiten zu erziehen. Das letztere besonders nötig ist, beweist die oft gehörte Klage: den leitenden Genossinnen fehlt es an Initiative.

Mit Bedauern muß gesagt werden, daß die Leserschaft der „Gleichheit“ zurückgegangen ist. Sie beträgt 3299 gegen 3623 im Vorjahr. An dem Rückgang sind alle Wahlkreisorganisationen beteiligt, mit Ausnahme der Parteiorganisation des ersten und zweiten Kreises, wo die Leserschaft von 219 auf 297 gestiegen ist. Das gibt zu denken, und man sucht nach einer Erklärung. Im gedruckten vorliegenden Jahresbericht heißt es dazu: „Die Ursachen lassen sich schwer feststellen. Wenn sie zum Teil darin liegen sollten, daß die Frauen sich mehr dem Studium der Tagespresse zuwenden, könnte man sich damit abfinden, da in dieser die speziellen Fragen der Frauenagitation nach und nach immer mehr Platz gefunden haben. Entwickelt sich dieses weiter, wird später einmal die Frage erwägenswert, ob nicht die so gut redigierte „Gleichheit“ mehr und mehr zu einem belehrenden wie unterhaltenden Familienblatt ausgestaltet werden kann.“ Die Diskussion der Frage förderte auf dem Provinzialparteitag noch verschiedene Ansichten zutage. Einige Genossen meinten, der Inhalt der „Gleichheit“ sei zu schwer verständlich, und die Frauen hätten keine Zeit übrig, um das Blatt zu lesen. Oft fehle es auch am nötigen Gelde, um es zu bezahlen.

Nach meiner Überzeugung, die auf dem Parteitag auch vielfache Zustimmung fand und sich mit der Ansicht der weiblichen Delegierten deckte, sind verschiedene Ursachen für den Rückgang der „Gleichheit“ abgenommen vorhanden. Die oben erwähnten lasse ich jedoch nicht gelten. Mit den nämlichen Gründen kann man all unserer Agitation entgegentreten. Was da von den Frauen gesagt wird, gilt auch für viele Männer. Durch unsere Aufklärungsarbeit suchen wir in ihnen den Willen zu erzeugen, die genannten Schwierigkeiten zu überwinden. Verdrängen wir die Schundliteratur durch unsere Presse, so fallen alle oben genannten Gründe weg. Eine Hauptursache für den Rückgang der „Gleichheit“ abgenommen ist nach meiner Meinung darin zu suchen, daß wir nach Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes bei der Frauenagitation mehr Gewicht gelegt haben auf die Gewinnung neuer Parteimitglieder als auf die Verbreitung der „Gleichheit“. Früher agitierten wir bei allen Gelegenheiten in erster Linie für unser Organ und erzielten damit für dieses eine verhältnismäßig hohe Leserschaft. Schon auf der im vorigen Jahre in Neumünster tagenden Frauenkonferenz wurden Hinweise und Anregungen zu dieser Frage gegeben. Nur eine ständige Agitation, die besonders von den Genossinnen selbst betrieben wird, kann hier Abhilfe schaffen. Die Genossinnen der großen Städte vor allem sollten eine Ehre darin sehen, nichts unversucht zu lassen, um die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ zu erhöhen. Die „Gleichheit“ ist eine der Waffen, mit denen wir unsere Gleichberechtigung erkämpfen. Sie kann nicht durch Frauenbeilagen unserer Tageszeitungen ersetzt werden. Es kommt nicht darauf an, daß etwas speziell für die Frauen geschrieben wird, sondern ausschlaggebend ist, was für die Frauen geschrieben wird. Vor allen Dingen dürfen wir nicht wünschen, daß unsere „Gleichheit“ auf das Niveau eines Familienblattes herabgedrückt wird. Auch darf der Inhalt nicht in erster Linie für die zu gewinnenden Frauen bestimmt sein; er soll allen etwas bringen. Zur Agitation unter den Indifferenten dienen Flugblätter und kurze, leichtverständliche Schriften, wie sie in unserem Bezirk schon öfter verwendet wurden. Außerdem ist es Aufgabe der in unserem Bezirk erscheinenden Parteizeitungen „Hamburger Echo“, „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, „Flensburger Volkszeitung“ und „Lübecker Volksbote“, viel mehr als bisher über und für die Frauenbewegung zu bringen, am besten wohl in einer ständigen Rubrik. Auch diese Anregung fand auf dem Parteitag Zustimmung. Goffen wir, daß diesem Bedürfnis Rechnung getragen wird.

Besonders erwähnt wird im Jahresbericht, daß die Genossinnen mit Geschick und Umsicht in den Kinderschulungskommissionen tätig waren und mancher Ausbeutung von Kinderkräften ein Ende bereiten halfen. — Über den Verlauf des Frauentages am 19. März 1911 und andere Veranstaltungen in den einzelnen Kreisen sind Berichte in der „Gleichheit“ erschienen, so daß ein Eingehen darauf sich erübrigt.

Fürs erste wird es Aufgabe unserer Genossinnen in den Ortsvorständen der größeren Ortsvereine sein, dafür zu sorgen, daß regelmäßige Versammlungen der weiblichen

Mitglieder stattfinden und die Anregungen der Frauenkonferenz in Jena ausgetauscht werden. Außerdem haben diese Genossinnen dafür Sorge zu tragen, daß alle Genossinnen, die nicht durch unaufschiebbare Verpflichtungen im Hause festgehalten werden, sich „aktiv“ betätigen. Nutzen wir die vor uns liegenden Wintermonate aus. Sie sind meist geeigneter für die Agitation als der Sommer, wenn auch die Bequemlichkeit darunter leiden mag. Wir stehen im Kampfe. Die Kommunalwahlen, später die Reichstagswahlen regen alle Gemüter auf. Keine Zeit ist besser geeignet, die „stillen Hausfrauen“ aufzurütteln aus ihrer Gleichgültigkeit als diese, wo zu aller Drangsal noch die außergewöhnliche Teuerung kommt. Nutzen wir die Zeit!

Emil Niemann †. Einer der eifrigsten Förderer der proletarischen Frauenbewegung in Chemnitz hat für immer die Augen geschlossen. Aber Nacht hat der Tod den verdienstvollen Genossen Emil Niemann aus unseren Reihen gerissen. Es ist das ein Verlust, der noch lange schmerzlich von allen empfunden werden wird, die an der Erhebung des Proletariats arbeiten, die für seine Befreiung kämpfen. Emil Niemann trat schon in jungen Jahren unter das Banner der Sozialdemokratie und ist bis zu seinem letzten Atemzug ein Vorkämpfer, ein Führer der Chemnitzer Arbeiterchaft gewesen. Die Stürme des Sozialistengesetzes sind über ihn dahingebraust, ohne seine Überzeugung zu erschüttern, ohne ihn kleinmütig und auf das eigene Wohl bedacht aus dem dichtesten Kampfesgedränge zu reißen. Als Leiter des Bezirksvereins Schloß-Chemnitz, als Mitglied und Vorsitzender der Pressekommision hat er mit Verständnis und Eifer der Partei gedient. Genosse Niemann war unter dem Ausnahmegesetz Mitbegründer des ersten Fachvereins der Metallarbeiter, er hat auch später die Gewerkschaftsbewegung redlich gefördert. In der Genossenschaftsbewegung hat er eine hervorragende Tätigkeit entfaltet, wie auch auf dem Gebiet des Unterstützungs- und Krankenkassenwesens. Kurz, es gibt kaum ein Wirkungsfeld der emporsteigenden Arbeiterklasse, dem Genosse Niemann nicht seine selbstlose Energie zugewandt hätte. Sein Überblick über die sozialen Verhältnisse und sein hoher Gerechtigkeitsinn ließen ihn zu einem treuen Berater und Freund der proletarischen Frauenbewegung werden. Jederzeit konnten sich die Genossinnen bei ihm Rat holen, und seines Eintretens für ihre Anregungen waren sie gewiß. So hatten sie ihm besonders in der Zeit viel zu verdanken, als sich das Verständnis für die Bedeutung der proletarischen Frauenbewegung noch nicht allgemein durchgerungen hatte. Die sozialdemokratischen Ideen gaben dem Wesen und Leben des Genossen Niemann Inhalt und Reichtum, denn sie waren Kräfte, die ihn über die Schwelle seines Heims hinüberbegleiteten und sein persönliches Sein und Tun bestimmten. Dieser raschlose schneidige Kämpfer war ein gütiger Mensch, ein aufrichtiger Freund, ein zuverlässiger Kamerad. Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft für alle waren ihm Herzensbedürfnis. Als das Vorbild eines aufrichtigen, hochgesinnten Proletariers wird er in der Erinnerung aller fortleben, die das Glück hatten, ihm persönlich nahe zu stehen, in der Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung ist sein Name mit unverlöschlichen Zügen geschrieben. Helene Wagner.

Politische Rundschau.

Der Reichstag ist am 17. Oktober wieder zusammengetreten. Zur letzten kurzen Tagung vor seinem Ende, vor dem Wahlkampf. Die Tagung hat keinen weiteren Zweck als den, die Wahlen hinauszuschieben, vor denen der Regierung und den Bürgerlichen graut, vor allem den Blauschwarzen. Im Interesse der glatten und rechtzeitigen Erledigung des nächstjährigen Reichshaushalts wäre es richtig gewesen, die Wahlen bereits zu Anfang des Herbstes stattfinden zu lassen, so daß der neugewählte Reichstag schon Ende Oktober zusammentreten konnte. Aber die Regierung wollte auf die Galgenfrist bis zum Januar nicht verzichten. Sie hofft immer noch, daß die Wählermassen mit der Zeit den Verrat an ihren Interessen vergessen könnten, so daß sie sich wieder einmal über den Löffel barbieren ließen. Sie harrt auf irgendwelches unvorhergesehene Ereignis, das solchem Vergessen Vorschub zu leisten und gleichzeitig die zerschlagenen bürgerlichen Parteien um die Regierungsfähne zu sammeln vermöchte. Bis jetzt hat sich dies Hoffen und Harren nicht erfüllt, und angesichts der Teuerung und ihrer Folgen für die Arbeiter und kleinen Leute ist wenig Aussicht, daß es noch geschieht. Deshalb ist diese Herbsttagung des Reichsparlaments vom Standpunkt der Bürgerlichen aus im Grunde genommen eine zwecklose Sache. An eine Erledigung der vielen stecken gebliebenen Vorlagen ist nicht zu denken. Die Zeit ist zu kurz, und zu groß ist die allgemeine Ungeduld der Reichsboten, in

den Wahlkampf zu kommen. Höchstens daß der Reichstag noch eine „positive“ Tat vollbringt, nämlich die Verabschiedung der Vorlage für die Angestelltenversicherung. Sie ist ein Stück politischer „Bauernfängerei“. Mit ihr wollen sich die bürgerlichen Parteien die Stimmen der Techniker, Handlungsgehilfen und verwandter sozialer Schichten sichern, die der Standesdünkel meist noch von dem Anschluß an die Sozialdemokratie fernhält. Die umfangreichen Entwürfe der neuen Strafsprockordnung und der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz hat der Senorenkonvent des Reichstags schon von der Tagesordnung gestrichen.

Wäre der Reichstag nicht das ohnmächtige Gebilde, wozu ihn die Knochenerweichung des Liberalismus gemacht hat, so hätte er gerade jetzt noch bedeutende Aufgaben zu erfüllen. Aus Angst vor der Sozialdemokratie haben die Liberalen, als sie noch an der Herrschaft waren, alle Gelegenheit ungenützt vorübergehen lassen, die Volksvertretung in ihren Befugnissen zu stärken. Umgekehrt haben sie begierig jeden Anlaß aufgegriffen, um den Kürassierstiefel der Junter und des persönlichen Regiments zu lüften. Der nämliche Stiefel sollte ja auch der Arbeiterklasse in den Nacken gestoßen werden! Noch in den letzten Jahren haben die Liberalen — die „voll und ganzen“ Fortschrittler inbegriffen — kläglich versagt, als es sich um den Anlauf zu einer Verfassungsreform handelte, der sich an den Novembersturm von 1908 gegen das persönliche Regiment angeschlossen. Warum das? Die Rücksicht auf den damaligen vielgeliebten konservativen Blockbruder war nur die parlamentarische Erscheinungsform, die Konsequenz des unüberbrückbaren Gegensatzes, in dem die bürgerlich Liberalen insgesamt als Vertreter bestimmter Schichten der Besitzenden zu den ausgebeuteten Habenichtsen stehen. Die Entwicklung der Demokratie, sei es durch Ausdehnung des Wahlrechts, sei es durch Erweiterung der Macht des Reichstags, bedeutet aber heute Stärkung der Sozialdemokratie, als der Vertreterin der werktätigen Massen. Alles lieber als das, denken die „gesinnungslächtigen“ Liberalen. Erst als sie von der Bank der Regierungsparteien heruntergestoßen worden waren, kriegten die Herren etwas mehr Courage. Da aber übernahm die neue und erneuerte Regierungspartei, das Zentrum, die bisherige Rolle der Liberalen. So lange es in der Opposition war, hatte es sich als Freund der Verfassungsreform ausgespielt, nun aber, da ihm die Sonne der Regierungsgunst schien, stimmte es in der Kommission mit der größten Gemütsruhe dieselben Anträge nieder, die es nicht lange vorher vertreten, wenn nicht gar selbst gestellt hatte. So ist es heute noch Recht im Reichstag, daß sich an die Interpellation kein Beschluß in der Sache anknüpfen darf. Die Folge davon ist, daß die Verhandlungen über solche Anfragen allemal ohne eine ungewöhnliche Erklärung des Parlaments, wie das Hornberger Schießen ausgehen. Und bei wichtigen politischen Handlungen, die für das deutsche Volk die schwersten Konsequenzen haben können, vermag die Regierung nach wie vor dies Parlament einfach nichtachtend beiseite zu schieben.

Wie der Sunnenseldzug so wurde auch die Marokkoaffäre eingeleitet, nachdem die gewählten Volksvertreter in die Ferien geschickt worden waren. Nun, wo diese wieder zusammengetreten sind, wird ihnen zugemutet, den imperialistischen Abenteuern und Händeln wieder weiter schweigend zuzusehen. In der gegenwärtigen Lage lehrt sich der Stand der Dinge auch einmal gegen unsere „Nationalen“. Die sind mit der Regierung unzufrieden wegen ihrer „schlappen Haltung“ gegen Frankreich. Sie haben jedoch kein Mittel, um die Regierung zum Sprechen zu bringen, ja nicht einmal, um eine entschiedene Kundgebung des Reichstags in dem Marokkohandel herbeizuführen. Herr v. Bethmann Hollweg weigert sich vorerst, der Volksvertretung Rede zu stehen, weil das angeblich den Verhandlungen mit Frankreich schaden könnte. Ja mehr noch: der Kanzler hat in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstags die Abgeordneten sogar auffordern lassen, auch nicht unter Verzicht auf die Erklärungen der Regierungen die Angelegenheit zur Verhandlung zu bringen. Das war selbst den bürgerlichen Parteien zu toll, sie haben aufgemerkt. Der Seniorenkönvent ließ dem Kanzler bemerken, daß es nicht angehe, etwa den Reichstag nach Hause zu schicken, bevor er sich zum Marokkofall habe äußern können. Man hat den dringenden Verdacht, daß die Verhandlungen mit Frankreich noch recht lange dauern können, da sich bisher alle Verträge der offiziellen Presse auf einen baldigen günstigen Abschluß als falsch erwiesen haben. Die französische Regierung ist nämlich schwierig geworden, seitdem ihr die deutsche Frankreichs politische Herrschaft über Marokko zugefanden hat. Denn nun gilt es, die Landentschädigungen im französischen Kongo festzusetzen, die Deutschland als Gegenleistung beansprucht. Zudem wird in Frankreich Protest gegen jede Landabtretung an das Reich erhoben und zwar nicht bloß von den ausgesprochenen Nationalisten

und anderen Rechtsreaktionären, sondern auch von hervorragenden Häuptern der Radikalen, der Regierungspartei, so zum Beispiel von den ehemaligen Ministerpräsidenten Clemenceau und Briand. In der bürgerlichen Presse Deutschlands macht sich in der Folge hier und da die Auffassung geltend, daß noch im letzten Augenblick die Verhandlungen scheitern könnten. Daß solcher Ausgang die Kriegsgefahr wieder in unmittelbare Nähe rücken würde, darüber ist sich jedermann klar. Den Panzerplattenfürsten wäre Kriegsgefahr und Krieg freilich erwünscht, ihre Presse treibt förmlich zum Abbruch der Unterhandlungen und empfindet lebhaft das Vorgehen Italiens gegen die Türkei als Vorbild.

Daß deutsche Volk hat ein erhebliches Interesse daran, daß dem Parlament Aufklärung über den Stand der Sache und über die Absichten der Regierung gegeben wird. Der Arbeiterklasse insbesondere muß daran liegen, daß ihre Vertreter von der Tribüne des Parlaments herab die Öffentlichkeit auf die drohende Gefahr aufmerksam machen, und daß sie dort in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationale den Kampf gegen den Imperialismus aufnehmen, mag er auf blutige Eroberungen ausziehen, mag er die stillen, aber nicht weniger blutigen Pfade des diplomatischen Schachers wandeln. Die Stunde muß voll genutzt werden, um dem Volke der Werktätigen zu zeigen, daß hinter den Schleiern des Bildes von Saß — den sogenannten „nationalen Interessen“ — nichts steckt als die häßliche Frage des ausbeutenden Kapitalismus. Dem allem möchte die Regierung entgegen, ebenso wie auch der Kritik der Alldeutschen und der Vertreter der Panzerplatteninteressenten. Sie versichert zwar, daß sie die Erörterung nur vorerst vermeiden wissen will, damit ihre Position in den Verhandlungen mit Frankreich nicht geschädigt werde. Aber selbst in den bürgerlichen Reihen wollte der Verdacht nicht schweigen, daß mit dieser Ausrede schließlich der Reichstag überhaupt um jedes Wort zum Marokkohanndel gebracht werden könnte. Deshalb hat sich Bethmann Hollweg dazu bequemen müssen, am Tage nach der Eröffnung des Reichstags diesem persönlich in einer Dreiminutenrede zu versichern, daß die Regierung solche schwarze Absicht nicht habe und das Recht der Volksvertretung auf Aufklärung voll anerkenne. Er, der Kanzler, sei auch der festen Ansicht, daß das Parlament nicht auseinandergehen werde, ehe es über die auswärtige Politik verhandelt habe. Diese Zusicherung ist reiner Kautschuk. Sie erlaubt es, daß der lange Mann im Kanzlerpalais immer noch die Hände in Unschuld waschen kann, wenn es anders kommt. Er hat ja nur eine „Ansicht“ ausgesprochen.

Nach seiner Dreiminutenrede wurde Herr Bethmann für die Abgeordneten wieder unsichtbar. Er hätte wohl Grund gehabt zu bleiben, denn es wurde die Interpellation der Sozialdemokratie über die Mißachtung des Vereinsgesetzes verhandelt. Als Staatssekretär des Innern hat seinerzeit der Kanzler Pate gestanden, als das Gesetz aus der Taufe gehoben wurde, und er hat sich für die loyale Ausführung verbürgt. Wie es damit bestellt ist, das zeigte die Leporelloliste der Beschwerden, die die Genossen Albrecht, Legien und Leber vorzubringen hatten. Die unteren Behörden, namentlich in Preußen, handeln vielfach so, als hätten sie von einem solchen Versprechen nie gehört, als sei der Reichskanzler ein Minister irgendwo im Ausland, der in Preußen nichts zu sagen hat. Und dabei besteht doch die nicht wegzuleugnende Tatsache, daß der Reichskanzler auch der preussische Ministerpräsident ist. Der jetzige Staatssekretär des Innern Delbrück hat seinen Vorgänger und Chef auf eine scharfsinnige Weise verteidigt. Er erklärte, daß der Reichskanzler nicht das Recht habe, den Ministern der Einzelstaaten Anweisungen zur Ausführung von Gesetzen zu geben. Ein fürwitziger Reichsbote rief allerdings dazwischen, daß Herr Bethmann Hollweg doch nebenbei auch preussischer Ministerpräsident sei. Doch Herr v. Delbrück verlieh die amtliche Geistesgegenwart nicht. Er antwortete sinnig: „Das ist nur eine zufällige Personalunion.“ Womit er sagen wollte, daß der Reichskanzler als preussischer Staatsmann keinerlei Nutzen aus dem ziehen dürfe, was er vom Reichstag erfährt. Daß er es nicht tut, ist klar, denn es ist eine direkte Verhöhnung des Vereinsgesetzes, wie dieses von einzelnen preussischen Polizeigewaltigen getnufft und gepufft und aus der Welt interpretiert wird. Natürlich ist solche Praxis nur dort üblich, wo höhere Interessen sie gegen Sozialdemokraten, Polen, Dänen, Fortschrittler und Bauernbändler gebieten, weil diese den Konservativen un bequem sind. Die Regierungsparteien, die Konservativen und das Zentrum, hatten deshalb auch keine Klagen vorzubringen. Die ersteren erklärten alles aufs beste bestellt, das Zentrum aber höhnte die Liberalen, daß sie seinerzeit ein so schlechtes Gesetz gemacht haben. Nur schwächlich wußten diese sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, denn tatsächlich ist es in erster Linie ihre Schuld, daß der Polizeivillkür und Polizeiallmacht nicht durch das

Vereinsgesetz das Handwerk gelegt worden ist. Der Staatssekretär fand nicht den Mut, die tückische Handhabung des Gesetzes zu leugnen, zu erdrückend war das Material, das die sozialdemokratischen Redner und der Pole vortrugen. Herr Delbrück verschänzte sich jedoch hinter die Unmöglichkeit, die Einzelfälle nachzuprüfen, und meinte, sie seien in den Landtagen vorzubringen. Schließlich mußte er zugeben, daß er manches polizeiliche Verhalten nicht billigen könne und versicherte, die preussische Regierung tue das auch nicht. Bemerkte hat man davon noch nichts.

In der ersten Sitzung des Reichstags wurden Petitionen beraten. Besonders wichtig darunter war die der industriellen Scharfmacher und Innungsverbände, die vermehrte Schutz für die Arbeitswilligen fordert, das heißt Verkümmern des Koalitionsrechts. Bezeichnend für die Arbeiterfeindlichkeit der bürgerlichen Mehrheit ist, daß diese Petition gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten der Regierung als Material überwiesen wurde.

Die Steuerungsinterpellationen sollen in Wälde beraten werden. Bemerkenswert ist, daß auch das Zentrum eine solche eingereicht hat, obgleich seine Presse in der wütendsten Weise gegen alle wirksamen Maßnahmen zur Steuerung der Not protestiert, damit den Großgrundbesitzern die Profite ja nicht gekürzt werden. Allerdings verriet schon der Wortlaut der Zentruminterpellation die Absicht, den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Immerhin zeigt die Sache selbst, daß die Steuerung sogar das Zentrum um seine Gefolgschaft fürchten läßt. Die Interpellation ist das widerwillige Eingeständnis, daß ein Notstand besteht.

Übrigens hat das Zentrum inzwischen bei der Nachwahl im badischen Reichstagswahlkreis Konstanz-Singen noch einen härteren Denktettel als in Düsseldorf erhalten. Seine Stimmzahl sank gegen 1907 von 14327 auf 13410 oder um 917, die der Nationalliberalen stieg dagegen von 8596 auf 11234, also um 2638, die der Sozialdemokraten von 2585 auf 3023, also um 461. Das Zentrum muß jetzt in der Stichwahl den Wahlkreis verteidigen, den es seit 1890 besaß und voriges Mal in der Hauptwahl behauptete. Und das trotz einer Wahlagitator, die an Skrupellosigkeit alles überbot, was man vom Zentrum gewohnt ist, und in der insbesondere die Religion in der unverschämtesten Weise als Deckmantel der Parteisache gemißbraucht wurde. Die Reichsfinanzreform und die anderen Sünden der Schwarzen gehen den Herren also diesmal doch nicht ungestraft hin.

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Vorabend der Reichstagsöffnung eine imposante Versammlungskundgebung gegen die Steuerungs politik — an 80000 Männer und Frauen haben an diesem Protest teilgenommen. In anderen Städten haben ebenfalls gewaltige Kundgebungen stattgefunden, weitere werden noch folgen.

Der italienisch-türkische Krieg hat bislang keine größeren Ereignisse gebracht. Das Interesse an ihm wird in den Hintergrund gedrängt durch den großen Aufstand, der in China gegen die Mandschu und die Dynastie ausgebrochen ist. Die Aufständischen haben die großen Schwesterstädte Hankau und Wutschang in die Hand bekommen und verfügen über beträchtliche Streitkräfte, meist aus abgefallenen Soldaten gebildet. Die Nachrichten vom Kampfplatz sind unbestimmt und widerspruchsvoll. Sicher ist nur das eine: die Vorgänge in China schaffen eine Atmosphäre, in der sich über Nacht die Wetterwolke weltpolitischer Verwicklungen und Abenteuer zusammenballen kann. Der Imperialismus der kapitalistischen Staaten ist zum Sprunge gerüstet. Wahr als je gilt es für das Proletariat, auf der Hut und gerüstet zu sein. Der schärfste Kampf gegen seinen „inneren Feind“ in jedem einzelnen Lande ist die beste Bürgschaft des Weltfriedens.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Handel mit Streibrechern ist seit einigen Jahren ein profitables Geschäft geworden. Die Arbeiterpresse hat wiederholt seine „ehrenfesten“ Praktiken beleuchtet. Welchem Milieu die Händler und ihre lebenden Waren angehören, hat seinerzeit der Moabiter Krawallprozeß drastisch gezeigt. Die Hingeshen „Siebenmonatkinder“ sind seitdem bei uns die typischen Arbeitswilligen geworden. Die Streibrechervermittler versuchen wie andere profitfüchtige Geschäftsleute auch durch vielversprechende Prospekte ihre Schachermare den bestreikten Unternehmern anzupreisen. Ein sicherer Ludwig Koch aus Hamburg verschickt ein solches Zirkular eines sogenannten „kostenlosen Arbeitsnachweises“, der zugleich auch ein Detektivbureau ist. In diesem Wisch sind im einzelnen die Bedingungen angegeben, unter denen die Streibreicher vermittelt werden. Das Bureau versichert den Herren Unternehmern, daß es bei

Streiks und Aussperrungen geeignetes Personal in jeder gewünschten Zahl und in kürzester Zeit stellen kann, und zwar alles Nichtverhändler. Ausgedehnteste Verbindungen ermöglichen es ihm, in zirka acht Tagen bis 6000 Leute nach dem In- und Ausland zu vermitteln. Im Verlauf einer kurzen Zeit hat es bei vielen Streiks die offenen Arbeitsplätze zur Zufriedenheit der Herren Arbeitgeber besetzt. Prima Referenzen und Anerkennungs schreiben weisen das aus. Auf 30 bis 40 Arbeitswillige stellt das Bureau in jedem Falle einen „geschäftsgewandten Kontrolleur“, der die Arbeit, den Schutz und die Verpflegung der Leute überwacht und ordnet. Dem Zirkular liegt der Entwurf eines Vertrags zwischen dem Bureau und den Firmen bei. Danach verpflichtet sich jede betreffende Firma, für gelieferte Arbeitswillige eine Gebühr von . . . M. pro Arbeiter frei Fabrik zu zahlen. Für die Unterbringung der Arbeitswilligen hat die Firma zu sorgen, während der „kostenlose Arbeitsnachweis“ Matrasen, Strohsäcke, Decken, Handtücher, Eßgeschirr stellt. Die Arbeitswilligen müssen unterschreiben, daß sie Kenntnis davon haben, daß bei der Firma gestreikt wird. Wie bei Umständen schon wiederholt festgestellt worden ist, sind es nichts als gewissenlose Ausschneidereien, wenn der Hamburger Agent die Lieferung brauchbarer Arbeitskräfte verspricht. Er ist in dieser Beziehung nicht anders daran als andere Seelenverkäufer seiner Art auch. Kein tüchtiger, ehrenhafter Arbeiter wird sich zu den angebotenen Judasdiensten kontraktlich verpflichten. Immerhin bleibt es ein charakteristisches Zeichen der kapitalistischen „Kultur“ und der Fäulnisprodukte, die sie erzeugt, daß solch ein Menschenhandel möglich ist. Weil in der bürgerlichen Gesellschaft Geld nicht stinkt, so stinkt in ihr so vieles andere!

Wie der „Wehrschaz“ der Scharsmacher zusammenkommt, das wurde kürzlich durch das Zirkular eines Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe beleuchtet. Als im vergangenen Jahre die Scharsmacher im Baugewerbe mit der Aussperrung ihre Zwecke nicht erreichen konnten, gingen sie daran, einen eigenen Wehrschaz zu sammeln, um für die Zukunft gegen die Forderungen der Bauarbeiter gerüstet zu sein. Das Rästen wird aber den Herren offenbar nicht ganz so leicht, als sie gedacht. Und so wendet sich ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an die Baumaterialienlieferanten und verweist darauf, daß der mit ihnen abzuschließende Vertrag am 1. Oktober in Kraft tritt. Nach diesem Vertrag hätten die Lieferanten die Verpflichtung, zum Wehrschaz des Arbeitgeberbundes beizutragen. Es soll dies auf die folgende Weise geschehen. Die Lieferanten, die keinem Arbeitgeberverband angehören, haben auf ihre Rechnungen für die Bauunternehmer dem Betrag entsprechend hohe Marken zu kleben, die beim Bezahlen von den Bauunternehmern zu entwerten sind. Der Sach beträgt für je 1000 M. 3 M. Bei Beträgen unter 1000 M. sind entsprechend niedrige Marken zu verwenden. Den Lieferanten wird der Beitritt zum Arbeitgeberbund empfohlen, dessen Mitgliedschaft mit einem Jahresbeitrag von 20 M. erworben wird. Würde eine Arbeiterorganisation ähnlich handeln, so wäre ihr sofort eine Anklage wegen Erpressung sicher. Sind doch schon Gewerkschaftsvertreter als Erpresser bestraft worden, weil sie im Auftrag von Arbeitern Lohnforderungen stellten und dabei auf einen eventuell drohenden Streik hinielen. Niemand aber darf daran zweifeln, daß die Göttin Justitia blind ist.

Die Tabakarbeiteraussperrung in Westfalen ist Tatsache geworden, mit der sich etwa 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen abfinden müssen. Die Fabrikanten haben die Arbeiterschaft auf Pfaster geworfen, obgleich sie bei der Verhandlung mit Vertretern der Tabakarbeiterorganisationen anerkennen mußten, daß eine Lohnausbesserung wenigstens für einen Teil der „begehrlichen“ Proletarier notwendig sei. Nach den Berichten der Berufsgenossenschaft betragen zum Beispiel im Kreise Lübbecke die Löhne durchschnittlich 1,75 M. täglich, im Kreise Herford 2,15 M. und im Kreise Minden 2,25 M. In diesen Tagen der Teuerung sind solche Sätze tatsächlich Hungertlöhne. Die drei in Betracht kommenden Organisationen, nämlich der Tabakarbeiterverband, der Verband der Zigarrensortierer und der Christliche Tabakarbeiterverband haben in gemeinsamer Sitzung Vorkehrungen für eine strikte Durchführung des Kampfes getroffen und die Unterstützungssätze für die Aussperrten gemeinsam geregelt. Der Kampf der am Hungertuch nagenden Tabakarbeiter muß die Sympathie aller organisierten Proletarier Deutschlands finden. Mögen insbesondere auch die proletarischen Frauen nicht vergessen, daß ein Teil ihrer Schwestern um menschenwürdige Existenzbedingungen ringt.

Der Kampf im Lithographie- und Steindruckgewerbe nimmt einen größeren Umfang an. Die Gesamtzahl der im Streik stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt rund 4500.

Für unannehmbar erklärten die Unternehmer bei den Verhandlungen die bekannten Leipziger Forderungen: 8 $\frac{1}{2}$ % statt neunständiger Arbeitszeit und Erhöhung des Gehilfenlohnes im ersten Jahre auf 24 M. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch das Hilfspersonal in größerer Anzahl mit in den Streik hineingezogen wird.

In der Berliner Metallindustrie bestehen größere Kämpfe. Die Former und Siebereiarbeiter der größten Firmen haben die Arbeit eingestellt. In anderen Betrieben der Metallindustrie macht sich bereits ein Mangel an Rohmaterial, an Gusß bemerkbar. Es ist also möglich, daß auch dieser Lohnkampf weitere Kreise ziehen wird. Der Kampf, der in Warmen und Elberfeld nun schon 13 Wochen dauert, wird von beiden Seiten mit gleicher Zähigkeit weitergeführt. Die Arbeiter, die ihre angefangenen Aufordarbeiten bei Beginn des Streiks nicht fertiggestellt hatten, sind von den Unternehmern wegen Kontraktbruchs und Zahlung von Schadenersatz verklagt worden. Diese haben vor dem Gewerbegericht in Warmen bereits ein obliegendes Urteil erstritten, zugleich wurden sie aber auch verurteilt, den Arbeitern den einbehaltenen Lohn auszuzahlen. Um die Höhe der Forderungen beider Seiten festzustellen, hat das Gericht einen Sachverständigen vernommen. Nach seinem Gutachten haben 75 Arbeiter von drei Firmen zusammen 2208,20 M. an Lohn zu fordern, den Unternehmern aber sollen sie für den entstandenen Schaden 10685,49 M. zahlen, wenn der Streik jetzt beendet wird, oder 54518,35 M., wenn er noch länger dauert. Das Gericht ist diesem Gutachten beigetreten und hat demgemäß entschieden. Die Arbeiter werden gegen dieses unhalbare Urteil Berufung beim Landgericht einlegen. In der Bielefelder Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie ist der Kampf mit beachtenswertem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Es wurden ihnen Stundenlohn erhöhungen bis zu 8 Pf. zugestanden und eine Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich eine halbe Stunde, so daß Sonnabends um 2 $\frac{1}{4}$ Uhr Arbeitsluß eintritt.

In vielen Orten stellen die Gemeindegewerkschaften an den Magistrat Forderungen auf Teuerungszulagen, die bereits vielfach gewährt worden sind.

Das zentrale Schiedsgericht für das Baugewerbe hat sich neu konstituiert und den Oberregierungsrat Mayer-München zum Vorsitzenden bestellt. Dem Schiedsgericht liegen zirka 80 Eingaben der Vertragsparteien zur Beratung und Entscheidung vor. Die Erledigung seiner Geschäfte hatte dadurch eine Unterbrechung erlitten, daß der bisherige Vorsitzende, Geheimrat Wiedfeldt, den Vorsitz nicht weiterführen konnte und die Vertragsparteien sich schwer und erst nach wiederholten Verhandlungen auf einen anderen Unparteiischen zu einigen vermochten.

30 000 Mitglieder zählt mit Abschluß des dritten Quartals der Buchbinderverband, eine für den Beruf ganz stattliche Zahl. Vor etwa anderthalb Jahren konnte die Organisation bei ihrem fünfundsanzwanzigjährigen Jubiläum sich freuen, daß sie 25 000 Mitglieder umschloß. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat sie also einen Zuwachs um 5000 erzielt. Im Jahre 1900, nach fünfzehnjährigem Bestehen, musterte der Verband 10 000 Mitglieder, doch erst zwei Jahre später war dieser Mitgliederbestand ein festes geworden. Im Jahre 1900 hatte die Organisation größere Kämpfe führen müssen. Ihre Folgerseinerungen und der wirtschaftliche Niedergang bewirkten zusammen, daß der Mitgliederstand etwas zurückging. Die Scharte ist glänzend ausgeweht. Mit anerkanntem Eifer betreibt der Buchbinderverband die Organisation der Arbeiterinnen. Mit 14 450 Verbandsangehörigen machen sie fast die Hälfte des Mitgliederbestandes aus. Die Entwicklung im Buchbindergewerbe macht es dringend nötig, darauf bedacht zu sein, die Arbeiterinnen dem Verband zuzuführen. Bei der Berufszählung von 1882 waren rund 25 Prozent der Arbeitskräfte weibliche, 1895 bereits 32 Prozent, 1907 aber 40,5 Prozent. Die letzte Berufszählung stellte fest, daß 72379 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Buchbinderei und den verwandten Gewerben beschäftigt werden. In nächster Zeit dürfte sicher die Hälfte davon Arbeiterinnen sein. Der Verband erstrebt mit großem Ernst Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. Positively werden sich ihm daher die weiblichen Berufsangehörigen auch weiterhin zahlreich und treu anschließen.

Wie die Gelben ihre Mitgliederzahlen berechnen, dafür bietet das statistische Jahrbuch einen interessanten Beleg. Danach sind die Einnahmen des gelben Bänderbundes von 12656 M. im Jahre 1909 plötzlich auf 1942 M. im Jahre 1910 herabgestürzt. Legt man dieser Einnahme pro Mitglied nur den Jahresbeitrag von 1,60 M. zugrunde, so hätte diese Organisation bestenfalls 1150 Mitglieder. Der Bund verzeichnet aber in 18 Zweigverbänden und 210 Ortsgruppen 12070 Mitglieder. Die Unternehmer im

Bückergerwerke haben in ihren Zeitungen sogar schon mit 13000 renommiert. Die Herren meinen jedenfalls, Klimpern gehöre zum Handwerk!

Zum Schluß eine traurige Kunde. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Genosse Bömelburg, war nach der letzten großen Tarifbewegung im Baugewerbe erkrankt. Sein nervöses Leiden war offenbar durch die außerordentlichen Überanstrengungen ausgelöst worden, die diese Bewegung ihm gebracht hatte. Man hoffte, es werde vorübergehend sein. Man stellt sich heraus, daß das Leiden unheilbar ist. Das ist ein harter Schlag für die gesamte moderne Arbeiterbewegung. Bömelburg war unserer Besten einer. Das Schwergewicht seiner ebenso aufopfernden als besonnenen Tätigkeit lag auf gewerkschaftlichem Gebiete, aber auch im politischen Kampfe stellte er als Sozialdemokrat seinen Mann. Er vertritt den Wahlkreis Dortmund im Reichstag. Ein Kämpfer von überragender Intelligenz, großer Pflichttreue und nie erlahmendem Fleiß hat er für die Organisation der Maurer — seiner Berufsgenossen — Unvergänglichliches geleistet, hat er entscheidend für den Zusammenschluß der Bauarbeiterorganisationen zu einem Verband gewirkt. Er war es, der auf dem Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart mit tiefer Überzeugung das Wort sprach: Partei und Gewerkschaften sind eins. Der aufreibende Kampf hat diese starke Kraft vor der Zeit gebrochen. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Wie es einem armen Dienstmädchen gehen kann. Emma Stern aus Dietendorf war in Erfurt in Stellung. Als sie schwer erkrankte, kam sie auf Veranlassung der Erfurter Armenverwaltung in das katholische Krankenhaus, aus dem sie nach einigen Wochen erfolgloser Behandlung entlassen wurde. Krank, vollständig mittellos und ohne Hilfe, wandte sich die Arme an den Gemeindevorstand ihres Heimatortes. Dieser ließ sie durch den Arzt Dr. Jacobi untersuchen, der feststellte, daß die Patientin hochgradig nierentkrank sei und nur durch eine Operation am Leben erhalten werden könne. Mit dem Einverständnis des Dietendorfer Gemeindevorstandes ordnete er die sofortige Überführung der Leidenden in die Privatklinik von Dr. Hoffmann in Erfurt an. Einige Wochen nach der erfolgten Operation wurde Emma Stern von dort als geheilt entlassen. Es waren 217,85 M. Kur- und Verpflegungskosten entstanden, die zunächst die Gemeinde Dietendorf bezahlte. Da jedoch das Mädchen in Erfurt ihre Heimatsberechtigung erworben hatte, so klagte Dietendorf gegen den Ortsarmenverband Erfurt auf Zurückerstattung der Kosten. Die Klage kam zunächst vor dem Bezirksausschuß, wo der Vertreter der Erfurter Armenverwaltung die ebenso einsichtsvolle als humane Auffassung vertrat, die Stadt könne nicht verpflichtet werden, die hohen Kosten für die Behandlung in einer Privatklinik zu zahlen, für Fälle wie den vorliegenden genüge Krankenhausbehandlung, die nach ihm nur 89,60 M. gekostet haben würde. Wenngleich das Mädchen seinerzeit ungeheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden sei, hätte doch dort seine Wiederaufnahme beantragt werden können. Die Gemeinde Dietendorf ließ durch ihren Vertreter erklären, daß sie es als ihre Pflicht angesehen habe, die Kranke so rasch wie möglich von einem tüchtigen Arzt behandeln zu lassen, da ihr Leben in Gefahr war. Der Bezirksausschuß beschloß Vertagung der Verhandlung, um Erlundigungen einzuziehen, warum das Mädchen nicht länger im Krankenhaus behandelt worden war. Der neuerlichen Verhandlung des Streitfalls vor dem Bezirksausschuß lag darüber eine Äußerung von dem leitenden Arzt des Krankenhauses vor. Laut seiner Mitteilung war Emma Stern sechs Wochen im Krankenhaus gelegen, hatte wegen einer Wanderniere eine Binde zum dauernden Gebrauch erhalten und war gebessert und auf ihren Wunsch entlassen worden. Der Vertreter Dietendorfs, Herr Gemeindevorsteher Schmidt, bestritt die letztere Behauptung. Die Kranke hätte ihm wiederholt beteuert, daß man ihren Wunsch nach einer Operation nicht beachtet habe. Vom Arzt sei ihr gesagt worden, sie könne nur sechs Wochen im Krankenhaus verpflegt werden. Schließlich habe man sie entlassen, trotzdem sie noch sehr krank und vollständig erwerbsunfähig war. Schon zwei Tage nach der Entlassung mußte sie wieder einen Arzt aufsuchen. Diese Angaben wurden durch die folgende Auskunft des Dr. Hoffmann unterstützt, in dessen Privatklinik die Leidende operiert worden war. Sie besagten: „Das Dienstmädchen Emma Stern wurde mir von dem behandelnden Arzte, dem inzwischen verstorbenen Dr. med. Jacobi, am 5. April 1910 zur Operation überwiesen. Obwohl die Patientin vom 2. Februar bis 16. März vorigen Jahres im hiesigen katholischen Krankenhaus angeblich mit allen möglichen Mitteln be-

handelt worden war, überzeugte ich mich bei mehrfachen Beratungen in meiner Sprechstunde in meiner Klinik erst selbst davon, daß durch Bandagen oder ähnliches die Beschwerden nicht gebessert werden konnten, daß die Patientin vielmehr arbeitsunfähig blieb. Die Operation wurde am 5. Mai vorgenommen, nachdem der Gemeindevorstand von Dietendorf seine Einwilligung dazu gegeben hatte. Die Operation der Stern war somit als letzter möglicher Weg zur Heilung des Leidens unbedingt notwendig.“ Der Vertreter der Armenverwaltung Erfurts verließ sich schließlich darauf, daß der Gemeindevorstand von Dietendorf auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung verpflichtet gewesen sei, die Genehmigung des Ortsverbandes Erfurt einzuholen, ehe er die Patientin der Privatklinik überweisen ließ. Da der Vorstand diese gesetzliche Bestimmung nicht befolgt habe, so könne der Erfurter Ortsarmenverband nicht zur Zahlung der hohen Kosten gezwungen werden. Der Bezirksausschuß verurteilte ihn aber trotzdem dazu, der Gemeinde Dietendorf die 217,85 M. zu erstatten. Der Vorsitzende hob in der Begründung hervor, daß der Gemeindevorstand von Dietendorf unter den obwaltenden Umständen mit Recht schleunige Hilfe für notwendig erachtet habe. Charakteristisch für den Geist, der die Armen „fürsorge“ beseelt, war eine Äußerung des Vertreters des Erfurter Ortsarmenverbandes, daß dieser die Kosten nicht zu zahlen brauche, weil der Instanzenweg nicht eingehalten wurde! Wie konnte sich auch der Gemeindevorstand erlauben, von dem vorschristsmäßigen Weg abzuweichen, nur weil das Leben eines Dienstmädchens, eines ganz gewöhnlichen Dienstmädchens, in Gefahr war! Was soll solchem Menschentum die Behandlung in einer Privatklinik? Krankenhausbehandlung ist dazu lange gut genug; hilft sie auch nichts, so ist sie doch mehr als fünfmal billiger als eine gründliche Kur in der Privatklinik; und das ist die Hauptsache. Dienstmädchenleben sind billig. H. M.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Notwendigkeit sozialer Fürsorge für die Kinder des Volkes von klein auf wird durch die Gesundheitsverhältnisse der Berliner Gemeindeglieder bestätigt. Diese weisen deutlich darauf hin, daß die kapitalistische Ausbeutung den werktätigen Massen nicht bloß den Wohlstand, sondern auch die Gesundheit raubt, und das schon von Mutterleibe an. Der letzte Bericht der Berliner Schulärzte — Herausgeber ist der Vorsitzende der freien Vereinigung Berliner Schulärzte, Sanitätsrat Dr. Meyer — ist, richtig gelesen, eine Anklage. 220000 Schulkinder — es ist das die Gesamtzahl der Berliner Gemeindeglieder — sind der Aufsicht von 50 Schulärzten unterstellt, so daß auf jeden Arzt gegen 4500 Kinder kommen. Daß bei einer solchen Überlastung die schulärztliche Untersuchung keine eingehende sein kann, liegt auf der Hand. Durchschnittlich wurden jedem Arzt 2700 Kinder zur Untersuchung überwiesen. Auf Grund der Untersuchung, ob die neuereitenden Schüler den Schulanforderungen gewachsen seien, mußten von 34000 Kindern 8000 zurückgestellt werden. Es war notwendig, daß ungefähr die Hälfte davon wegen ungenügenden Kräftezustandes auf ein halbes oder ganzes Jahr vom Schulbesuch dispensiert wurde. Der Bericht sagt darüber: „Bei der Zurückstellung der Kinder hat der Schularzt sehr häufig zu kämpfen mit dem Widerstand der Eltern, die ihr Kind möglichst bald in der Schule untergebracht wissen wollen, entweder um von der häuslichen Abwartung entlastet zu werden, oder weil sie befürchten, daß das Kind später nicht zeitig genug in das Erwerbsleben eintreten kann. Sehr häufig ist aber selbst bei körperlich schwachen Kindern für den Schularzt die Entscheidung schwer, weil vielfach bei sehr ungünstigen häuslichen Verhältnissen trotz der geistigen Anforderung und dem Zwang zum Stillstehen in der Schule die Schädlichkeiten doch noch geringere sind als im Elternhaus.“ Der „ungenügende Kräftezustand“ (Blutarmut) ist auch häufig die Ursache, daß Schulkinder ständig unter ärztlicher Beobachtung stehen müssen. Die Fälle dieser Art machen 15 Prozent vom Hundert aus. Beachtenswert sind ferner die folgenden Zahlen. Von den untersuchten Gemeindegliedern waren behaftet mit: Augenleiden 7850, Verkrümmungen der Wirbelsäule 3413, Herzleiden 3094, Tuberkulose und Lungenleiden 3278. Solche Zahlen reden recht eindringlich davon, was es mit dem Singlied vom „Jahrhundert des Kindes“ auf sich hat. Er hat seine Geltung nur für die Kinder der Besitzenden, für die Nachkommenschaft der Besitzlosen ist er leerer Schall. In dem traurigen Gesundheitszustand einer sehr großen Anzahl der Berliner Gemeindeglieder kommt zum Ausdruck, daß es den proletarischen Kindern an Nahrung und Pflege, an Luft und Sonnenschein fehlt, und das vom ersten Lebenstage an. Doch mehr noch: auch die Überanstrengung und chronische Unterernährung der Eltern, ganz besonders aber der Mütter, tritt uns

in der Schwächlichkeit und Kränklichkeit der Kinder vor Augen. Soll dem körperlichen Verfall großer Schichten der Arbeiterklasse gesteuert werden, so müssen die gesellschaftlichen Gewalten, so muß Staat und Gemeinde eingreifen. Zum Schutze von Müttern und Kindern muß ein ganzes System ineinandergreifender sozialer Fürsorgemaßregeln geschaffen werden. Der Schutz des Kindes fängt bei der Mutter an, und der Schutz der Mutter bereitet den Schutz des Kindes vor. l. h. f.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen in Australien wirkt seit dem vorigen Jahre Genossin Dora Montefiore mit all der Begeisterung und Hingabe, die sie früher in England in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes gestellt hat. In Melbourne, Sydney, Wellington und anderen Orten des englischen Kolonialreichs im fernsten Osten ist sie mit Wort und Schrift tätig, die arbeitende Bevölkerung um das Banner des internationalen Sozialismus zu scharen. Sie hält Vorträge vor den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, spricht in öffentlichen Versammlungen und bei Straßenmeetings, und sie beteiligt sich an den Konferenzen der Arbeiterpartei. Vor einem wissenschaftlichen Forum, vor dem Kongress der Universität zu Sydney, hat sie die Sache des ausgebeuteten Proletariats verteidigt. Als der Redakteur des „International Socialist“ („Der Internationale Sozialist“), Genosse Holland, plötzlich schwer erkrankte, sprang Genossin Montefiore hilfsbereit für ihn ein und übernahm zeitweilig die Leitung des Blattes, das in Sydney erscheint. Natürlich läßt sich unsere Genossin besonders angelegen sein, die Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt aus zu behandeln und die Frauen für den Sozialismus zu gewinnen. Genossin Montefiore hat früher schon in Australien gelebt und gehörte dort zu den ersten Frauen, die für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts eingetreten sind. Ihre Tätigkeit ist ein schöner Beweis dafür, daß die Sozialisten überall ein Vaterland haben, wo sie für das Ideal arbeiten können, das ihrem Leben Richtung und Ziel gibt.

Verschiedenes.

Wie sich in bürgerlichen Köpfen die proletarischen Verhältnisse malen. Als ich Anfang September mit einer Genossin von Frankfurt nach Jena zur Frauenkonferenz fuhr, gefellte sich in Wehra eine Reisefährtin zu uns. Wir zwei Genossinnen unterhielten uns darüber, wie es in Jena werden würde. Als die Dame merkte, wovon wir sprachen, knüpfte sie eine Unterhaltung mit uns an, fragte, was wir in Jena beraten wollten und dergleichen mehr. Ich gab zur Antwort, wir wollten darüber beratschlagen, wie den Armen geholfen werden könne. „Arme Leute gibt es nicht,“ entgegnete die Dame überlegen, „das heißt, wenn es welche gibt, so sind sie selbst an ihrer Armut schuld.“ Wir versuchten, ihr klarzumachen, daß heute die Armut eine Massenerscheinung ist, welche durch die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse erzeugt wird. „Nein,“ antwortete sie, „die Leute werden arm vom Faulenzen, vom guten Essen und Trinken. Ich war einmal bei armen Leuten, die hatten Hasenbraten auf dem Tisch!“ Denkt euch, Proletarierinnen, Hasenbraten auf dem Tisch von armen Schluckern! Welch ein Verbrechen wider die Natur und die göttliche Ordnung! Die Gärten laufen doch nur für die Reichen herum! Wo mögen übrigens die Herren von Habenicht zu finden sein, die heutzutage Hasenbraten schmausen? Pferdesfleisch ist sicher häufiger auf ihrem Tische zu finden.

Unsere Reisefährtin entpuppte sich schließlich als Arbeitgeberin. Sie erzählte, die bei ihr beschäftigten Arbeiter seien sämtlich gut gestellt; sie verdienten 3 Mk. am Tag. Jeder von ihnen habe ein Häuschen und Feld, und von den 3 Mk. blieben schöne Ersparnisse übrig. Ich fragte nach den Lebensmittelpreisen, denn ich sagte mir, wenn eine Familie bei 3 Mk. Tagesverdienst des Mannes noch etwas sparen kann, so muß doch der Lebensunterhalt recht billig sein. Aber es war nicht so. Das Pfund Butter kostete in dem betreffenden Ort 1,60 Mk. usw. Wenn wirklich Familien bei dem angegebenen Verdienst nicht hungern, wenn sie etwas auf die hohe Kante legen, so ist das nicht „hohem Lohn“ und besonderer Sparsamkeit zu verdanken. Nein, der Besitz von Haus und Feld hält die Not fern. Die Arbeit, die dort von dem Manne vor Tagesanbruch und nach Feierabend geleistet wird, bei der Frau und Kinder sich plagen, die macht es möglich, daß die Familie sich recht und schlecht durchbringt. So wird die Ausbeutung des Mannes bei der Berufsarbeit verdeckt. Aber das sind Tatsachen und Verknüpfungen, für die unsere Reisefährtin schlechterdings keinen

Sinn hatte. Wir hätten sie ebenfugot einer Wand darlegen können. — In einem nur waren wir mit der Dame einig: daß die Arbeiter keinen Schnaps trinken sollen. Aber die Leserrinnen dürfen nicht etwa glauben, unsere Reisefährtin sei wie wir der Überzeugung gewesen, daß der Alkohol schädlich ist. Weileibe! Sie selbst stärkte sich ja gelegentlich aus einem Fläschchen, wenn unsere Unterredung sie allzusehr angegriffen und erregt hatte. Aber nach ihrer Meinung gehört der Alkohol wie der Hasenbraten zu den Dingen, die nur für den Magen „besserer Leute“ taugen. Wenn die Arbeiter Schnaps trinken, so tun sie, „was ihrem Stande nicht zukommt“. In dem „Hoch hinauswollen“ und der „Genußsucht“ der Proletarier erblickte die Dame die Wurzel alles sozialen Übels im allgemeinen und des Glücks der Werttätigen im besonderen. Daher kommen nach ihr auch die vielen Streiks. Hatten sich nicht im Wohnort unserer Reisefährtin die Maurer einsallen lassen, zu streiken, um eine Erhöhung des Stundenlohns von 50 auf 55 Pf. durchzudrücken! Aber sie fanden mit wem zu tun! Die Maurermeister zahlten jüngeren Streikbrechern 70 Pf. pro Stunde. Nur nicht klein begeben, „Knecht muß Knecht bleiben“. Ich wollte der Dame klar machen, daß und warum die Leistungsfähigkeit des Arbeiters bei hohem Lohn und kurzer Arbeitszeit steigt. Aber natürlich predigte ich tauben Ohren. Die Klassenlage der Besitzenden zieht in der Regel ihrem Verständnis enge Grenzen. Was die Proletarier aus ihren Lebensverhältnissen heraus im Nu begreifen, das bleibt den meisten bürgerlichen unverständlich. ... Inzwischen hatte unser Zug Weimar erreicht, wo wir uns von der Dame trennten — nicht mit schwerem Herzen. K. O.

Daß die Profitgier das Gewissen tötet, ist eine alte Erfahrung, die täglich in dieser unserer „göttlichen“ Ordnung aufs neue bestätigt wird. In dem langen Kapitel solcher Erfahrungen ein Beitrag, der die Moral jener Kreise beleuchtet, die sich so gern ihrer höheren Kultur rühmen. Ohne Gerichtsverhandlung enthielt, daß die Gewinnsucht zu unerhörten Zuständen in den Molkereien Groß-Berlins geführt hat. Wegen Verleumdung hatte sich ein Redakteur des „Niddorfer Tageblatts“ vor der dritten Strafkammer zu verantworten. Er war angeklagt, die Geschäftsführer der „Interessengemeinschaft Märktischer Milchproduzenten“ durch den Ausdruck „Milchpantocherei“ beleidigt zu haben. Als im vorigen Jahre die Maul- und Klauenseuche in Berlin und Umgegend grassierte, hatte die Genossenschaft an ihre Mitglieder eine „Belehrung“ erlassen. In ihr wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Milch seuchenkranker Tiere nur dann abgegeben werden dürfe, wenn sie vorher auf 90 Grad erhitzt worden sei. Die Genossenschaft stellte zu diesem Zwecke Apparate und Kessel zur Verfügung. Der Redakteur hatte in einem Artikel den einzig richtigen Standpunkt vertreten, daß im Interesse der Volksgesundheit überhaupt nicht gestattet sein dürfe, die Milch von seuchenkranken Kühen in den Handel zu bringen, denn das sei Milchpantocherei. Diesen Ausdruck bezog die drei Geschäftsführer der „Interessengemeinschaft“ auf sich und verklagten den Redakteur. In der Verhandlung ließ sich nun Geschäftsführer Krause eine aufsehenerregende Mitteilung entchlüpfen. Er erklärte, daß im vorigen Jahre fast sämtliche Molkereien Groß-Berlins verseucht gewesen seien. Ein großer Teil der Milch aus den verseuchten Ställen wurde aber nichtsdestoweniger unabgelocht in den Handel gebracht. Um dieser gesetzwidrigen Handlung entgegenzutreten, sei die „Belehrung“ erlassen worden. Man bedenke, was die mit dürren Worten festgestellte „Geschäftspraxis“ der Molkereien bedeutet! Nicht mehr und nicht weniger als ein Mordtat gegen die Gesundheit großer Bevölkerungskreise. Wie vielen Säuglingen, schwächlichen und kranken Kindern mag doch die verseuchte Milch zu einem Gift geworden sein. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich, in dem der Beklagte erklärte, daß sich der Ausdruck „Milchpantocherei“ nicht auf die „Interessengemeinschaft“ beziehen sollte. Ob sich wohl ein Staatsanwalt finden wird, der gegen die gewissenlosen Profitjäger einschreitet? Haben sie doch durch ihre Praktiken die Gesundheit Tausender gefährdet und wahrscheinlich vieler geschädigt, nur um den eigenen Beutel zu füllen. Ein Narr wartet auf Antwort. Wir leben in Preußen-Deutschland nicht nur in der besten aller Welten, sondern obendrein im Reiche der „gottgewollten Abhängigkeiten“ der öffentlichen Gewalten von Junkern und Junkerengenossen. An den Profit der Herren Agrarier rühren, wäre schlimmer als alle sieben Todsünden zusammen genommen. Für diese Herren und was zu ihnen gehört, wachsen bei uns im Reiche nur Extragewinne durch Bölle, Einfuhrscheine, Liebesgaben und indirekte Steuern. Zum Handel mit verseuchter Milch die Feuerungspreise! l. h. f.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. O. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.